

6

Ein Land laviert

Was ist los mit der Schweiz?

13 Autoren suchen eine Antwort

In unserer Reihe «Sonderthemen» greifen wir Themen auf, die in den Medien häufig zu kurz kommen. Mit ihnen wollen wir auf aktuelle Diskussionen reagieren und Fragen vertiefen, für die in der Zeitschrift «Schweizer Monatshefte» der Platz nicht reicht.

In unserer Reihe «Sonderdrucke» werden einzelne Texte oder auch ganze Schwerpunkte, die in den «Schweizer Monatsheften» publiziert wurden und auf besonderes Interesse stossen, in kompakter Form ein weiteres Mal gedruckt.

Alle Sonderpublikationen können über unsere Internetseite www.schweizermonatshefte.ch bestellt werden.

* * *

Das vorliegende Sonderthema Nr. 6 «Ein Land laviert. Was ist los mit der Schweiz? – 13 Autoren suchen eine Antwort» erhalten unsere Abonnenten im Spezialversand. Die nächste Ausgabe der «Schweizer Monatshefte» erscheint im Oktober.

Die Herausgeber

SCHWEIZER
MONATSHEFTE

Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur / seit 1921
89. Jahr, Sonderthema 6, September 2009

HERAUSGEBER
Suzann-Viola Renninger, René Scheu

RESSORT POLITIK & WIRTSCHAFT
René Scheu

RESSORT KULTUR
Suzann-Viola Renninger

KORREKTORAT
Reinhart R. Fischer (Leitung), Nadia Ghidoli

Die «Schweizer Monatshefte» folgen den Vorschlägen
zur Rechtschreibung der Schweizer
Orthographischen Konferenz (SOK). www.sok.ch

GESTALTUNG UND PRODUKTION
Atelier Varga, Suzann-Viola Renninger

VORSTAND
Konrad Hummler (Präsident)
Thomas Sprecher (Vizepräsident)
Max Albers, Georges Bindschedler
Andreas Burckhardt, Margrit Hahnloser
Ulrich Pfister, Urs B. Rinderknecht
Gerhard Schwarz, Michael Wirth

ADRESSE
«Schweizer Monatshefte»
8006 Zürich, Vogelsangstrasse 52
Telefon 0041 (0)44 361 26 06
www.schweizermonatshefte.ch

DRUCK
ea Druck + Verlag AG, Einsiedeln

Tito Tettamanti hat in der Ausgabe 16/2009 der «Weltwoche» einen Essay mit dem Titel «Krise in der Führung» veröffentlicht, in dem er das schweizerische Polit- und Wirtschaftsestablishment kritisiert. Die Idee zur vorliegenden Sonderpublikation geht auf einen daran anknüpfenden Gedankenaustausch mit ihm zurück.

Ein Land laviert

Was ist los mit der Schweiz?
13 Autoren suchen eine Antwort

Auftakt	René Scheu	2
1	Die anderen wollen Geld, was aber wollen wir? Martin Janssen	3
2	Abschied vom sicherheitspolitischen Sonderfall? Karin Keller-Sutter	5
3	Wenn die Bürgerlichen den Staat verehren Matthias Jenny	7
4	Das Bürgertum sucht nach einer Mission Andreas Rieger	9
5	Weniger Staat, mehr Schweiz Lukas Reimann	11
6	Auf der Suche nach einer neuen Elite Katja Gentinetta	13
7	Einig uneinig Lena Schneller	15
8	Das Trugbild der vierten Gewalt Max Frenkel	17
9	Die Armee braucht einen klaren Auftrag Martin von Orelli	19
10	Wie wirke ich? Peter Ruch	21
11	Die Wirtschaft ist gefordert Pascal Gentinetta & Silvan Lipp	23
12	Für einen Liberalismus mit Herzensschwäche Peter Gross	25
13	Enteignete Demokratie Cédric Wermuth	27

Auftakt

Sie zögert und zaudert. Sie laviert und taumelt. Was ist los mit der Schweiz?

Vor zwanzig Jahren verschwand der Eiserne Vorhang. Damit schwand in der Schweiz zugleich die Gewissheit, mit nützlichen Verbündeten auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Die helvetische Elite drückte sich vor der Frage nach der Rolle der Schweiz in Europa und in der Welt. Sie gab sich vielmehr kleinlichen Parteiquerelen und einer allgemeinen Ratlosigkeit hin.

Erstmals zutage trat die Orientierungslosigkeit, als der Jüdische Weltkongress in den 1990er Jahren die nachrichtenlosen Guthaben von Holocaustopfern einforderte, die angeblich bei Schweizer Banken liegen sollten. Geldinstitute und Landesregierung agierten gleichermassen hilflos; sie setzten auf die altgewohnte Salami-taktik der scheinweisen Zugeständnisse. So kostete der Salami schliesslich 1,25 Milliarden Franken, obwohl nur ein Bruchteil dieser Summe in Schweizer Banken lag.

Das nächste Debakel war das Grounding der Swissair am 2. Oktober 2001. Die Swissair hatte sich in Milliardenhöhe verschuldet, um die sogenannte Hunter-Strategie zu verfolgen, die aus ihr eine Fluggesellschaft von Weltformat hätte machen sollen. Hätte sollen. Wie bei Ikarus führte die Überheblichkeit zum Absturz und ruinierte den Ruf des helvetischen Wirtschafts-establishments.

Man hätte damals lernen können: geopolitische Konzeptlosigkeit und *management by wishful thinking* sind eine letale Mischung. Aber nichts da. Man machte weiter wie gehabt.

Bis zum Steuerstreit mit der EU. Er schwelt seit Jahren. Man verhandelt nicht, man spielt auf Zeit. Man erweckt den Eindruck, die Schweiz wolle weiterhin bloss profitieren. Man will bewahren. Doch man verliert dabei nicht nur wertvolle Zeit, sondern auch Goodwill, Glaubwürdigkeit und Verhandlungsspielraum.

Oder die UBS. In der Frühjahrssession 2008 verkündet Finanzminister Hans-Rudolf Merz vollmundig im Parlament, an die Linke und das Ausland gewandt: «An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch die Zähne ausbeissen.» Später doppelt er nach: «Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar.» Am 19. Februar 2009 übergibt die UBS auf Geheiss der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht und mit Billigung des Bundesrats 250 Kundendossiers an die amerikanische Steu-

erbehörde. Man kapituliert – wie ja von Merz angekündigt – ohne jede Verhandlung.

Erneut mit denselben Folgen derselben hilflosen Salami-taktik. Die USA spekulierten richtig: wer widerstandslos bereit ist, 250 Dossiers herauszurücken, ist erpressbar und für weitere Zugeständnisse gut. Denn für den, der keine Prinzipien hat, ist am Ende alles bloss eine Frage der Kosten.

Was ist los mit der Schweiz? Was fehlt ihr? Eine überzeugende Führung? Man mag bedauern, dass wir nicht die fähigsten Köpfe nach Bern schicken, sondern die kompromissbereitesten. Aber wer glaubt wirklich, dass das Wohl des Landes von sieben Personen abhängt? Wichtiger als diese Personen sind Prinzipien. Die Schweiz krankt nicht an Führungslosigkeit, sondern an Prinzipienlosigkeit. Die Frage harrt immer noch einer Antwort: Was ist die Rolle der Schweiz? Erst wenn dies klar ist, kann das Land eine Interessenpolitik gegen aussen erfolgreich vertreten.

Der Ökonom Wilhelm Röpke hat sich in einem Aufsatz aus dem Jahre 1959 in den «Schweizer Monatsheften» mit dieser Frage beschäftigt. «Die Schweiz», schreibt er, «ist das inspirierende Beispiel der Verbindung von Wohlstand und Freiheit.» Inspirierend? Ja, inspirierend, nicht obwohl, sondern weil sie ein freiheitsliebendes, das heisst «antifeudales, antizentralistisches, anti-absolutistisches Element Europas» darstellt. Die Schweiz ist Vorbild, weniger für die ausländischen Regierungen, die mehr Zentralismus anstreben, als für die ausländischen Bürger, die sich nach mehr Freiraum sehnen. Das kann sie nach Röpke nur sein, wenn sie den Störenfried spielt. So erlangen wir den Respekt der anderen, wenn auch nicht die bei uns in weiten Kreisen ersehnte Zuneigung. Die Schweiz ist für Europa und die Welt nur von Belang, wenn sie ihren Freiheitswillen, ihre Widerspenstigkeit klug ins Spiel bringt. Wer den Wohlstand und eine Restautonomie um den Preis einer schrittweisen Anpassung bewahren will, verliert am Ende beides.

Wir haben dreizehn Autoren gebeten, sich Gedanken zum aktuellen Zustand der Schweiz zu machen. Der jüngste Autor hat Jahrgang 1987, der älteste 1938; der eine vertritt gewerkschaftliche Auffassungen, andere sind bürgerlich, andere wiederum argumentieren libertär und radikal-liberal. Wir wünschen Ihnen im Sinne Röpkes eine inspirierende Lektüre.

René Scheu

UBS, Bankgeheimnis, schwarze Liste: die Landesregierung war nicht vorbereitet. Sie ist es noch immer nicht. Dabei hätte die Schweiz Verhandlungsspielraum. Sie müsste ihn bloss nutzen.

1 Die anderen wollen Geld, was aber wollen wir?

Martin Janssen

In der Schweiz können Kinder von *sans-papiers* den obligatorischen Schulunterricht besuchen, ohne wegen des nicht geregelten Aufenthalts denunziert zu werden. Das Recht auf Bildung eines Kindes hat offensichtlich Vorrang vor dem staatlichen Interesse an der Aufdeckung einer nicht angemeldeten Familie. Noch zurückhaltender ist die Schweiz beim Informationsaustausch zwischen Personen und Behörden. Gemäss Bankengesetz ist der Schutz der Privatsphäre des Bankkunden höher einzuschätzen als das staatliche Interesse, Steuereinnahmen zu erzielen. Darum gibt es zwischen Banken und dem Staat – abgesehen von Straftatbeständen – keinen Informationsaustausch über Kunden.

Die Schweiz ist mit dem Bankgeheimnis politisch gut gefahren. Das Volk deklariert sein Einkommen und sein Vermögen gegenüber dem Gemeinwesen und wird auf dieser Basis besteuert. In vielen anderen Ländern misstraut der Staat seinen Bürgern so tiefgründig, dass deren Einkommen an der Quelle besteuert wird. Die Verfechter des misstrauenden Staates mag es überraschen, dass die Steuerhinterziehung in der Schweiz wesentlich tiefer liegt als beispielsweise in Deutschland.

Die Schweiz ist mit dem Bankgeheimnis auch wirtschaftlich gut gefahren. Der Finanzplatz Schweiz hat sich in den letzten dreissig Jahren dank dem Know-how der Banken, dank der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und dank dem Bankgeheimnis, zu einem der führenden Finanzplätze weltweit entwickelt.

Vielleicht wegen Missbrauchs, sicher aber wegen dieses Erfolgs ist die Schweiz in den letzten

Jahren unter Druck gekommen, das Bankgeheimnis aufzuweichen. Die Schweiz wurde von Mitgliedern der OECD, vor allem seitens Deutschlands und Frankreichs, unter Druck gesetzt, den Vorbehalt gegenüber Artikel 26 der *OECD Model Tax Convention on Income and Capital* zurückzuziehen. Im Februar 2009 hat die Finma, wohl auf Geheiss des Bundesrates und auf der Basis einer vermuteten ernsthaften Gefährdung der UBS, den USA die Dossiers von 250 UBS-Kunden übergeben, ohne Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien. Im März 2009 hat der Bundesrat der OECD zugesagt, die Vorbehalte gegenüber dem genannten Artikel 26 zurückzuziehen und auf dieser neuen Basis rasch zwölf neue Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen. Die Regierung hoffte, auf diese Weise die Verweildauer auf einer zu diesem Zweck geschaffenen «grauen Liste» möglichst kurz halten zu können.

Wer in den letzten Monaten die Verhandlungsführung des Bundesrates, die sich oft widersprechenden Aussagen einzelner Bundesräte, den am 6. März publizierten Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes betreffend Namensnennung bei Amtshilfeverfahren und das Schweigen der Schweizerischen Bankiervereinigung verfolgt hat, muss feststellen, dass die Schweiz keine gute Figur gemacht hat. Man erhielt den Eindruck, dass die Interessen der Bankkunden und des Finanzplatzes Schweiz verraten wurden und dass die Schweizer Regierung wankelmütig ist und ihre Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Parkett beschädigt hat.

Es gibt viel Evidenz, dass die Schweiz in eine schwierige Lage geraten ist; unter anderem wegen der aktiven Beihilfe einzelner Banken zu Steuerhinterziehung, die uns verschiedene Länder vorwerfen; wegen der durch implizite Staatsgarantien übergross gewordenen Grossbanken; wegen der Uneinigkeit innerhalb des Landes; wegen der Interessenunterschiede zwischen grossen und kleinen Banken; wegen der Anklagen der USA gegen die UBS; und weil man es verfehlt hat, die möglichen Entwicklungen vor auszudenken – man könnte von einer nichtexistierenden Finanzplatzstrategie sprechen.

Angesichts dieser Unvorbereitung hätte man erwarten dürfen, dass der Bundesrat wenigstens jetzt mit der notwendigen Umsicht und ohne Zeitdruck handeln würde. Dem ist nicht so: die neuen Doppelbesteuerungsabkommen sollen möglichst rasch ausgehandelt werden, und es ist nicht klar, inwieweit das Volk dazu Stellung nehmen können soll. Das ist, mit Verlaub, der falsche

Ansatz. Es geht nicht darum, «das Problem» rasch zu lösen, sondern um die Bestimmung einer für den Finanzplatz Schweiz und die schweizerische Volkswirtschaft langfristig erfolgreichen Strategie. Dieser Strategie soll dann mit einer geschickten Verhandlungsführung der Weg geebnet werden. Ohne Kenntnis der Interessen der Gegenpartei, ohne genügend Zeit für Analyse und Verhandlung, und ohne expliziten Einbezug des Volkes wird das kaum gehen.

Die Schweiz muss in dieser Lage zwei Ziele verfolgen: den Schutz rechtsstaatlicher Prozesse und Prinzipien, das heisst ihre Souveränität, und den Schutz der Privatsphäre der Kunden.

Bei der Analyse der Rahmenbedingungen und der Festlegung der Verhandlungsstrategie muss über fünf Dinge Klarheit herrschen:

1. Bei dieser Sache handelt es sich um eine wirtschaftliche und nicht um eine moralische Frage. Wäre dem nicht so, würden die bekannten Zustände in Delaware, Florida, auf den Kanalinseln, in der Karibik und anderswo nicht existieren.

zen. (Die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien durch die eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma und den Bundesrat, verbunden mit dem an Bankkunden verübten Verrat, war mehr als nur ein Sündenfall.)

5. Unsere Regierung muss lernen, politischem Druck standzuhalten. Vor allem dann, wenn uns die ganze Welt für unsere Standfestigkeit bewundern würde. Ein Eintrag der Schweiz auf einer schwarzen Liste hätte zu einem Qualitätssiegel für den Schutz der Privatsphäre der Kunden werden können!

Vier Prinzipien scheinen bei der Verhandlungsführung von besonderer Bedeutung:

1. Der unbedingte Wille, den Interessen der Schweiz zu dienen. Das heisst vor allem, die Situation zu analysieren, die Interessen der Gegenpartei zu kennen, Alternativen zu entwickeln, mögliche Verhandlungsergebnisse zu bewerten und geschickt zu verhandeln.

2. Die Behörden sollten sich über die Ausgangslage und über die Verhandlungsstrategie klarwerden, bevor sie sich gegenüber der Presse und dem Ausland äussern. Es ist beispielsweise mehr als bloss unglücklich, wenn die Schweiz einerseits den genannten Artikel 26, der die Nennung konkreter Personen voraussetzt und in Absatz 3 der Schweiz sogar gute Verteidigungschancen gibt, während Jahren nicht unterzeichnet und das Bundesverwaltungsgericht dann im bereits erwähnten Urteil entscheidet, dass ein Gesuch der USA amtsilbefähig ist, obwohl darin keine Namen von Verdächtigen enthalten sind.

3. Man soll sich seinen Verhandlungsspielraum nicht unnötigerweise beschränken, bevor eine vertiefte Analyse stattgefunden hat. Dass dies nicht wirklich passiert ist, zeigt sich am Tempo, mit dem der Bundesrat das Bankgeheimnis vom Zustand «nicht verhandelbar» in jenen des Zurechtstehens verschoben hat.

4. Schliesslich sollte die Mehrstufigkeit des schweizerischen Entscheidungsprozesses – Paraphierung durch die Regierung, Ratifizierung durch das Parlament, Verabschiedung durch das Volk – eingehalten werden. Das Volk nicht informieren und Ideen streuen, wie man das Volk von einer Beurteilung der Verhandlungsergebnisse fernhalten könnte, ist die denkbar schlechteste Verhandlungsführung. In dieser Sache gibt es bezüglich Referendum nur einen sinnvollen Entscheid: das Volk muss über jedes Doppelbesteuerungsabkommen befinden können, das wesentlich andere, respektive neue Regelungen enthält.

Unsere Regierung muss lernen, politischem Druck standzuhalten. Vor allem dann, wenn uns die ganze Welt für unsere Standfestigkeit bewundern würde.

2. Die Schweiz darf sich nicht dort, wo sie relativ stark ist, das heisst im Finanzwesen, freiwillig schwächen, indem sie den Schutz der Privatsphäre der Bankkunden preisgibt. Dabei darf man aber auch nicht naiv sein. Es wäre töricht, sich bei einem internationalen Poker um mehr als 10 Milliarden Franken pro Jahr uneinsichtig zu zeigen. Aber auf diesen Betrag kann man auch nicht einfach verzichten, nur weil das amerikanische Steueramt oder der deutsche Finanzminister drohen.

3. Wir müssen die Änderung der Rahmenbedingungen – und darum geht es bei diesen Verhandlungen – als ökonomisches Tauschgeschäft verstehen. Wir müssen herausfinden, was zu welchem Preis getauscht werden soll. Die anderen wollen vermutlich nur Geld; wir wollen offene Märkte.

4. Wir dürfen unsere beiden Hauptziele – die rechtsstaatlichen Prozesse und Prinzipien sowie die Privatsphäre unserer Kunden – nie in Frage stellen, wenn wir glaubwürdig verhandeln wollen. Insbesondere kann es nicht sein, dass die Schweiz ihre Rechtsordnung zur Disposition stellt, um auf diese Weise ein einzelnes Unternehmen zu schüt-

MARTIN JANSSEN, geboren 1948, ist ausserordentlicher Professor für Finanzmarkttheorie am Swiss Banking Institute der Universität Zürich und Unternehmer. Er leitet die Ecofin-Gruppe, die für Banken, Versicherungen und Pensionskassen im In- und Ausland tätig ist.

Die Schweiz konnte sich dank der guten Sicherheitslage lange viel Freiheit leisten. Doch bröckelt das gesellschaftliche Fundament. Der Staat kann nichts tun. Das können allein die Individuen. Wollen sie auch?

2 Abschied vom sicherheitspolitischen Sonderfall?

Karin Keller-Sutter

Die Schweiz als Insel, die von Menschen bevölkert wird, die zwar friedlich miteinander leben, aber ziemlich langweilig sind – das ist ein Klischee, an das wir selbst nur allzugerne glauben. Die Schweizer Geschichte ist geprägt von permanenten Streitigkeiten und Bürgerkriegen. Doch konnte sich die Schweiz im 20. Jahrhundert durchaus als Hort der Geborgenheit profilieren. Als sicherheitspolitischen Sonderfall. Als Ort, wo Krieg und Gewalt nicht zum Alltag gehörten. Als Land, wo Frauen noch spätabends angstfrei durch Stadtparks spazieren konnten. Alles Vergangenheit?

«Im Ausgang herrscht das Faustrecht», titelte unlängst eine Schweizer Tageszeitung. Mittlerweile sind solche Schlagzeilen an der Tagesordnung. Dabei wird jeweils angelegentlich darüber debattiert, ob Kriminalität und Gewalt in der Schweiz tatsächlich zugenommen haben oder ob die Schlagzeilen ein verfälschtes Bild der Realität wiedergeben. Ein Blick in die Kriminal- und Urteilsstatistiken sowie die Ergebnisse zahlreicher Opferbefragungen offenbaren, dass sich das Kriminalitätsgeschehen in der Schweiz in der Tat an jenes unserer europäischen Nachbarländer angeglichen hat. Die Zunahme der Gewaltdelikte in den letzten Jahrzehnten hat die Schweiz vom beschaulichen Sonderfall zum Normalfall gemacht.

Die Reaktion ist verständlich: die Entwicklung wird nach wie vor gerne als Wahrnehmungsproblem oder als Ausfluss einer gesteigerten Anzeigebereitschaft abgetan. Diese Ansicht ist

jedoch nachweislich falsch. Namhafte Experten, wie der renommierte Kriminologe Martin Killias, haben gezeigt, dass das Anzeigeverhalten gerade unter jungen Erwachsenen von Zurückhaltung geprägt ist.

Wie lässt sich die Entwicklung erklären? Es wäre zu einfach zu behaupten, die Menschen seien «böser» geworden. Das Gewaltproblem liegt tiefer; es hat mit einem gesellschaftlichen Wandel zu tun. Die Globalisierung und die Öffnung nach aussen waren zweifellos gut für die Schweizer Wirtschaft, aber sie haben in Sachen menschlicher Sicherheit zu einer Nivellierung nach unten geführt.

Das Geschäftsleben im gesamten Westen hat sich beschleunigt, das Ausgeh- und Freizeitverhalten hat sich angeglichen. Während man sich vor dreissig Jahren nur in europäischen Grossstädten praktisch rund um die Uhr vergnügen konnte, ist dies heute selbst in Schweizer Kleinstädten möglich. Der Wegfall von Sperrzeiten für Restaurants und Bars, die verlängerten Öffnungszeiten von Kinos oder Tankstellenshops führen dazu, dass die Nacht praktisch zum Tag wird. Alkohol und Drogen sind frei verfügbar. Hinzu kommt, dass Züge und Busse nicht mehr um Mitternacht stillstehen. Nachtschwärmer werden bis in die frühen Morgenstunden befördert und treffen nicht selten auf die ersten Pendler. Immer mehr Grossveranstaltungen wie Festivals, Konzerte, Paraden oder Sportanlässe sorgen für zusätzliche Unterhaltung. Während in Deutschland und England die randalierenden Fussballchaoten allmählich unter Kontrolle gebracht werden, hat sich die Situation in der Schweiz in den letzten zwei Jahren deutlich verschärft. Kam es zu Gotthelfs Zeiten zweimal im Jahr zu Schlägereien unter der Dorfjugend, findet die Chilbi samt Begleiterscheinungen heute praktisch täglich statt.

Die neuen Vergnügungsangebote und Freiheiten gehen einher mit einer Abnahme der sozialen Kontrolle und einer Schwächung des Einflusses der Eltern auf das Ausgeh- und Konsumverhalten ihrer Kinder. Gewiss, die 24-Stunden-Gesellschaft ist praktisch und angenehm, sie bedingt jedoch auch einen verantwortungsvollen Umgang mit den zahlreichen neuen Wahlmöglichkeiten. Es erstaunt nicht, dass das Kriminalitätsaufkommen grösser wird, wenn aufgrund des gesellschaftlichen Wandels die Gelegenheiten zunehmen, Straftaten zu begehen. Diese Konfliktbereitschaft wird zudem durch eine allgemeine Orientierungslosigkeit und Sinnkrise verstärkt. Nur so ist zu erklären, dass Menschen andere

Menschen bis zur Bewusstlosigkeit treten und schlagen, wobei die Peiniger zu Protokoll geben, aus purer Langeweile gehandelt zu haben.

Die Verunsicherung der Leute in den Städten, in denen in der Schweiz drei Viertel der Bevölkerung lebt, hat zu einer Anpassung der Verhaltensweisen geführt. Doch beschleicht ein zunehmend ungutes Gefühl auch die Menschen in ländlichen Gebieten. Die Grenze zwischen Stadt und Land verwischt sich auch innerhalb der Schweiz zusehends; sie wächst zu einer Grossagglomeration zusammen, zu einer Art *city state*, wie der St. Galler Privatbankier Konrad Hummler die Schweiz einmal genannt hat.

Der Abschied vom sicherheitspolitischen Sonderfall gefährdet die freiheitliche Konstitution der Schweiz. Denn letztlich besteht zwischen Freiheit und Sicherheit ein potentieller Zielkonflikt. Die fragile Balance zu finden, stellt alles andere als ein leichtes Unterfangen dar. Das liberale Gesellschaftsmodell, das den Menschen Wahlfreiheit gewährt, ist wohl das anspruchsvollste überhaupt. Es geht vom mündigen Bürger aus, der selbst in

spruchshaltung gegenüber dem Staat an den Tag legt, die von ihm viel mehr verlangt als die Gewährleistung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Was man selbst nicht schafft oder schaffen will, wird dem Staat aufgebürdet. An ihn delegiert man grosszügig die Verantwortung für sein eigenes Leben. Man hofft, sämtliche persönlichen Risiken auf Kosten von Wirtschaft und Gesellschaft abzusichern. So wird der Staat zum Erzieher und Mahner in allen Lebenslagen, agiert als verlängerter Arm eines moralisierenden Gemeinwesens.

Gleichzeitig sind immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit, Verfügungen oder Weisungen der Behörden zu befolgen. Kaum ein Entscheid, der nicht angefochten wird, kaum ein Rechtsmittel, das nicht auch die letzte Instanz erreicht. Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung klaffen auseinander. Schuld sind immer die anderen. Das Recht soll möglichst massgeschneidert eigenen Vorstellungen (und Interessen) zum Durchbruch verhelfen.

Das Sanktionensystem im neuen Strafrecht ist ein typisches Beispiel für den Versuch, in einer überindividualisierten Gesellschaft jedem Einzelfall mit einer möglichst angemessenen Strafe gerecht zu werden. Das Ergebnis sind nicht nur teils unverständliche Urteile, die das Vertrauen in den Rechtsstaat schwächen, sondern auch ein derart ausgeklügeltes Sanktionensystem, dass es selbst für den Praktiker undurchschaubar wird.

Erfolgreiche Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität verlangt nach einem starken, aber schlanken Staat, der in der Lage ist, das zu vollziehen, was ein vernünftiger Gesetzgeber ihm vorgibt. Das erhöht die Glaubwürdigkeit des Staates und der Politik. Und es verhindert, dass die Menschen aus Enttäuschung über das «Staatsversagen» immer mehr Gesetze fordern – oder *in extremis* sogar Selbstjustiz üben. Gleichzeitig braucht es in unserer Gesellschaft eine Rückbesinnung auf ein ethisch vertretbares Handeln, für das Freiheit und Verantwortung die beiden Seiten einer und derselben Medaille sind. Die Freiheit zu nutzen und Verantwortung an den Staat zu delegieren – das ist einer freiheitlichen Gesellschaft unwürdig. Damit ist auch niemandem gedient; denn damit werden Freiheit und Staat langfristig *ad absurdum* geführt. Wir müssen uns fragen, was uns unsere freiheitliche Ordnung wert ist. Wenn wir wirklich wollen und wir uns anstrengen, so stehen die Chancen gut, dass wir wieder vom Normalfall zum Sonderfall werden.

Was man selbst nicht schafft oder schaffen will, wird dem Staat aufgebürdet. An ihn delegiert man grosszügig die Verantwortung für sein eigenes Leben.

der Lage ist, vernünftige Entscheide zu fällen. Sind tatsächlich immer weniger Menschen in der Lage, diese Entscheide so zu fällen, dass sie dabei auch Rücksicht auf andere nehmen?

Soviel jedenfalls steht fest: unser Zusammenleben muss sich nach klaren Grundregeln richten. Diese Regeln auferlegen wir uns selbst, oder sie werden staatlich vorgegeben. Dabei müssen wir uns darauf verlassen können, dass die Regeln auch eingehalten werden. Ihre Beachtung ermöglicht letztlich die maximale Freiheit des einzelnen. Wer sich hingegen über die Regeln hinwegsetzt, wer mithin für sich alle Freiheiten in Anspruch nimmt, ohne auf die Freiheiten der anderen zu achten, gehört letztlich zu den Totengräbern der freien Gesellschaft.

Gerne argumentieren jene, die verummumt Straftaten begehen, mit dem Schutz der Privatsphäre. Wer eine freie Gesellschaft will, muss jedoch die Gewalt der Anonymität entreissen. Letztlich ist es dieselbe zügellose, sich auf die Privatsphäre berufende Minderheit, die andererseits einen gesetzgeberischen Aktivismus und eine An-

KARIN KELLER-SUTTER, geboren 1963, ist seit 2000 Vorsteherin des Sicherheits- und Justizdepartements des Kantons St. Gallen.

Der Staat ist auch in der Schweiz auf dem Vormarsch. Das ist nicht nur der Erfolg der Linken. Auch die Bürgerlichen haben wacker mitgewirkt. Eine Kritik bürgerlicher Politik aus liberaler Sicht.

3 Wenn die Bürgerlichen den Staat verehren

Matthias Jenny

Der Freitag, 13. März 2009, ist für viele Liberale als schwarzer Tag in die Geschichte der Schweiz eingegangen. An diesem Tag hat die Schweizer Landesregierung bekanntgegeben, dass sie künftig bei ausländischen Bankkunden auf die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug verzichten werde. Damit wurde ein Kernelement des helvetischen Bankkundenheimnisses über Nacht aufgehoben.

Für viele war dieser Entscheid nicht präzedenzlos. Sie sehen darin lediglich einen weiteren Schritt auf dem fatalen Weg in den allumfassenden Bevormundungs- und Versorgungsstaat, dem Ziel des – seinerzeit angekündigten! – Marsches der «68er» durch die Institutionen. «Wir brauchen wieder führungsstarke – und bürgerliche! – Persönlichkeiten in der Politik, die die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre zurückdrehen» – so oder ähnlich tönte und tönt es deshalb aus dem bürgerlichen Lager. Eine solche Sicht ist aber nicht nur historisch naiv, sie zeugt auch von einem merkwürdigen bürgerlichen Staatsfetischismus.

Betrachten wir beispielsweise die AHV. Bei dieser Institution liegt ähnlich viel im argen wie bei der Institution des Bankkundenheimnisses. Unser auf einem Schneeballsystem (offiziell spricht man von «Umlageverfahren») beruhendes Rentensystem war eigentlich schon bei seiner Einführung ein Rohrkipierer. Durch die Entkopplung von Beitrag und Leistungshöhe lebt angesichts der aktuellen demographischen Entwicklung die arbeitende Generation von gestern auf Kosten jener von heute. Dabei verringern sich die Chancen für jede neue Generation, in Zukunft in den Genuss einer Rente ohne grössere Abstriche

zu kommen, bis dann die Neupensionierten irgendwann mit leeren Händen dastehen werden. Charles Ponzi und Bernie Madoff lassen grüssen.

Auf dem Weg dorthin führt die Teilverstaatlichung der Altersvorsorge aber auch noch zu ganz anderen Auswüchsen. Die Bevölkerungs- und Familienpolitik etwa mit ihren Kinderprämien und Staatskrippen gleicht eher einer Viehzucht mit Frauen, die auf Gebärmaschinen reduziert werden, als einer Politik, die ihre mündigen Bürger frei über Kinderlosigkeit und Familie entscheiden liesse. Und alle machen mit und werken an immer neuen Revisionen und Reformen, weil alle irgendwie von allen abhängig sind – die heutigen Leistungsbezieher von den heutigen Beitrags-erbringern und diese wiederum von den Berufstätigen von morgen.

Kurzum, die AHV sollte eines jeden Liberalen Albtraum sein. Aber wer hat sie erfunden? Das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung wurde 1947 in einer Volksabstimmung deutlich angenommen. Ausgearbeitet wurde das Bundesgesetz von einer politischen Führung, die noch um einiges bürgerlicher war, als sie dies heute ist. Schliesslich war sie die spiesige Elterngeneration der «68er».

Es lassen sich weitere Beispiele anführen. So wurde bei den meisten Sozialversicherungen in den 1970er und 1980er Jahren die Beitragspflicht eingeführt. Man denke aber auch an die Schulpflicht. Sie hat zwar vielen Ungebildeten zu Bildung verholfen. Aber andererseits steckt sie die eigentlich kreativen und neugierigen Kinder in eine Einrichtung, wo ihnen jede Möglichkeit zu eigenständigem Lernen verwehrt wird. Man zieht es vor, sie in Konformismus und Mittelmässigkeit zu schulen. Die Schulpflicht existiert in der Form einer Primarschulpflicht bereits seit 1874 und gilt als Vorzeigeobjekt der Bürgerlichen. Bildung für alle ist zwar ein hehres Ziel – aber wird sie auch jedem einzelnen gerecht?

Die Bürgerlichen sollten sich endlich von der Vorstellung verabschieden, als ob es in der Schweiz einen liberalen Urzustand gegeben hätte, den es wiederherzustellen gälte. Was sich am vergangenen 13. März ereignete, ist lediglich das Ende einer Etappe auf dem Marsch zu mehr Staat, Bevormundung und aufgezwungener Versorgung, der 1848 begann. Die Bürgerlichen waren von Anfang an dabei, mal in stärkerer Formation, mal in schwächerer.

Weshalb also der Ruf der Bürgerlichen nach einem Sturm auf Bundesbern? Ihnen mangelndes Geschichtsverständnis vorzuwerfen, griffe hier

wohl zu kurz. Die Antwort ist vielmehr in ihrem Staatsfetischismus zu suchen.

Allen Vertretern einer liberalen Ideologie ist gemein (oder müsste es sein, sofern sie «Liberales» sein wollen), dass sie den Staat beschränken und in den Dienst der Bürger stellen möchten, anstatt das Individuum als Ressource zu sehen, über das die Regierung frei verfügen kann. Bürgerliche können grob in zwei Typen eingeteilt werden: in die widerwilligen Liberalen und in die enthusiastischen Bürgerlichen.

Widerwillige Liberale findet man unter den Vertretern des Anarchismus, des Nachtwächterstaats wie auch des Neoliberalismus. Sie sind Liberale aus Verlegenheit. Für sie ist der Liberalismus die schlechteste Ideologie, mit Ausnahme all jener anderen, die es sonst noch gibt. Eigentlich würden sie gerne auf eine politische Ideologie verzichten, würden sich am liebsten gar nicht mit Politik beschäftigen müssen. In einer unvollkommenen Welt kommen die widerwilligen Liberalen aber leider nicht darum herum, eine politische Position zu vertreten. Diejenigen, die dabei dem

terscheiden, zeigt sich derzeit wohl am besten in ihrer jeweiligen Reaktion auf den aktuellen Führungsschwachen Bundesrat. Während beide dem Bankkündengeheimnis nachtrauern, schöpfen widerwillige Liberale Trost aus der Tatsache, dass Politiker, die ausländischem Druck nicht standhalten können, wohl auch innenpolitisch nicht allzuviel Schaden anrichten. Eine führungsstarke und effiziente Regierung ist nicht ihr Wunsch; denn sie wissen, dass im politischen Kontext Stärke und Effizienz stets grosse Gefahren bergen.

Damit sind die widerwilligen Liberalen freilich in der Minderzahl. Sie werden übertönt von den enthusiastischen Bürgerlichen, die wieder starke Männer (und, wenn es heutzutage nicht anders geht, auch Frauen) nach Bundesbern schicken wollen. Sie sollen auf Biegen und Brechen erreichen, was der Bankenplatz allein nicht schafft. So ist womöglich auch die AHV entstanden, die den Arbeitgebern vermeintlich Lasten abnimmt, wenn die Arbeitnehmer eine bessere Altersvorsorge fordern.

Die Forderung nach mehr Politikern nennt man in der Argumentationstheorie ein *non sequitur*. Aus der Tatsache, dass im zivilen Bereich ein Problem auftritt, folgt nicht, dass der Staat angerufen werden muss. Dieser Fehlschluss passiert nur, wenn man – uneingestanden oder unbewusst – an die Allmacht des Staats glaubt. Wenn schon Kooperation nötig ist, wieso dann nicht versuchen, diese ohne Staat durchzuführen? 1947 hätte man private und auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhende Vorsorgefonds gründen oder stärken können. Und heute könnten die Banken sich schlichtweg weigern, die Informationen ausländischer Kunden an deren Regierungen herauszurücken.

Gewiss, dies wäre ein steiniger Weg, vielleicht sogar ein hoffnungsloser. Mehr Hoffnung in private Initiative zu setzen als in den Staat mit seiner Bilanz an Fehlschlägen, ist immerhin eine Tugend der widerwilligen Liberalen. Während ihr Glaube an den Staat enge Grenzen hat, so glauben sie mit viel Enthusiasmus an die Fähigkeit des Menschen, zu kooperieren und auf freiwilliger Basis Richtiges zu tun.

In diesem Sinne wäre der Schweiz zu wünschen, dass sie von mehr widerwilligen Liberalen bevölkert wäre. Oder drückt dieser Wunsch bloss blauäugigen Idealismus aus? Dieses Thema wäre zweifellos eine weitere Erörterung wert. Ein Blick in die Geschichte der Eidgenossenschaft zeigt aber, dass der bürgerliche Staatsfetischismus mindestens ebenso naiv ist.

Die Bürgerlichen sollten sich endlich von der Vorstellung verabschieden, als ob es in der Schweiz einen liberalen Urzustand gegeben hätte, den es wiederherzustellen gälte.

Staat Legitimität zusprechen, tun dies ohne Enthusiasmus und mit dem Wissen, dass jeder noch so beschränkte Staat stets die Saat seines exzessiven Wachstums in sich trägt.

Ganz anders die enthusiastischen Bürgerlichen. Sie haben im Liberalismus, welcher Couleur auch immer, und im liberalen Staat Identifikationsobjekte gefunden. Sie sind überzeugt, dass beim Regieren nichts schiefgehen kann, wenn nur die richtigen Politiker am Drücker sind. Sie sehen es als Pflicht, gar als Ehre an, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Sie glauben, dass immer Liberales herauskommen muss, wenn Bürgerliche am Werke sind. Manche sehen im Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft sogar eine Erweiterung der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung, quasi eine riesige *public private partnership*. Ihre Traumkarriere ist eine dreifache in Wirtschaft, Politik und Militär. Sie sind bürgerliche Staatsfetischisten.

Inwiefern sich die widerwilligen Liberalen von den enthusiastischen Bürgerlichen konkret un-

MATTHIAS JENNY, geboren 1987, studiert Philosophie, Volkswirtschaftslehre und Soziologie an der Universität Zürich und ist assoziierter Forscher des Liberalen Instituts.

Die Schweiz hat sich als Land der Rosinenpicker und Profitjäger profiliert. Schade. Denn wir hätten viel mehr zu bieten. Eine Rückbesinnung auf die bürgerliche Mission von einst aus gewerkschaftlicher Sicht.

4 Das Bürgertum sucht nach einer Mission

Andreas Rieger

«Spekulanten mögen unschädlich sein wie Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmenslust. Aber die Lage wird ernst, wenn die Unternehmenslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeit eines Spielsaals wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden.» J.M. Keynes 1936

Das Schweizer Bürgertum ist seiner Mission verlustig gegangen. Es hat kein grosses Ziel mehr, das zu verfolgen gemeinsame Anstrengungen wert wäre. Es fehlt eine verbindende Überzeugung. Freier Markt, Eigenkapitalrenditen von 25 Prozent, Abbau staatlicher Regulierungen: mit solchen Zielen kann keine Gesellschaft zusammengehalten und in die Zukunft geführt werden.

1832 und 1848, aber auch noch in den folgenden Gründerjahrzehnten, war die Mission der Freisinnigen, der Radikalen und der Demokraten klar:

- Demokratische Befreiung von der obrigkeitstaatlichen Unterdrückung, und Entwicklung einer lebendigen Zivilgesellschaft; Hilfe und Asyl für Gesinnungsgenossen aus allen Ländern
- Aufbau einer innovativen Industrie mit aktiver öffentlicher Förderung der Rahmenbedingungen (Gründung ETH, Infrastrukturen, etc.)
- Überwindung der Enge der Kleinräumigkeit durch den Bundesstaat und internationale Zusammenarbeit
- Organisierung der grössten Bildungsoffensive aller Zeiten: Bildung als «Volksbefreiung» und als Qualifikation für die Modernisierung der Wirtschaft

Mit dieser Mission und den Taten, die ihr folgten, war das Schweizer Bürgertum Vorreiterin des politischen und wirtschaftlichen Fortschritts in Europa. Unter dem Druck der sozialen Bewegung mussten bald auch erste soziale Leitplanken definiert werden, so mit dem Fabrikgesetz oder mit der gesetzlichen Fundierung der Gesamtarbeitsverträge – auch hier war die Schweiz einst Pionierin.

Von dieser Mission ist wenig übriggeblieben:

- Die Demokratie wurde nicht weiterentwickelt. Im Gegenteil, die Klage über die hemmende Wirkung der direkten Demokratie wird immer lauter, und vom Staat wird ein Funktionieren nach dem Muster der Unternehmen gefordert.
- Die reale Wertschöpfung mit eigener Arbeitskraft und eigenem Kapital ist von der spekulativen Finanzwirtschaft in den Hintergrund gedrängt worden.
- Im globalisierten Umfeld kultiviert die Schweiz ihre kleinräumige Besonderheit und hält sich bei internationalen Institutionen und Abkommen auf Distanz – nicht etwa wegen deren Demokratiedefizit, sondern zur Sicherung von Sondervorteilen.
- In der Bildung sinkt die Schweiz aufs Mittelmass, wobei sie darauf vertraut, dass die nötigen qualifizierten Arbeitskräfte von aussen hergewinkt werden können.

Der Fall der UBS ist symptomatisch für den Zerfall der Fortschrittsmission der bestimmenden Elite in der Schweiz. Es handelt sich ja nicht um irgendeine Bank. Sie dominierte den Dachverband der Wirtschaft, finanzierte die bürgerlichen Parteien und pflegte direkte Drähte in den Bundesrat. Diese Bank liess Hunderte von Mitarbeitern in Tausenden von Reisen das Geld steuermüder Reicher aus den USA und anderen Ländern in die Schweiz schmuggeln. Dies alles diente der grossen «Mission» der UBS: über 25 Prozent sollte die Eigenkapitalrendite betragen, und sie sollte die grösste Bank der Welt werden! Dies unter (betrügerischer) Ausnützung (unzulässiger) Wettbewerbsvorteile und unter Eingehen höchster Risiken, aber zu 98 Prozent mit Geldern von anderen. Zu dieser Geschäftspolitik wurde die UBS von keinem Staat und keinem Politiker gezwungen, wie ihr neuer Präsident Kaspar Viliger suggeriert, wenn er als Hauptgrund für die jetzige Weltwirtschaftskrise «Staatsversagen» in den USA diagnostiziert.

Der Fall UBS deckt die Schwächen der bestimmenden Elite in der Schweiz schonungslos

auf. Statt Vorkämpferin für den Fortschritt zu sein wie im 19. Jahrhundert, ist sie zur opportunistischen Rosinenpickerei übergegangen:

– Der Finanzplatz hat sein riesiges Volumen mit Sondervorteilen erreicht. Er half den Reichsten, ihre Gelder zu verstecken und deren Herkunftsländer um Steuereinnahmen zu prellen statt auf gute und vertrauenswürdige Finanzdienstleistungen zu setzen.

– Als die internationale Staatengemeinschaft diese schädlichen Sondervorteile abzuschaffen begann, stimmten Teile unserer Elite ein beängstigend nationalistisches Protestgeheul an.

– In Sachen Bildung setzen Politik und Wirtschaft seit Jahrzehnten auf den *brain drain* aus anderen Ländern, statt auch selbst wieder eine Bildungsoffensive zu starten.

– In der Krise profitiert die Schweizer Wirtschaft nun zugegebenermassen von den Milliarden-Investitionsprogrammen Chinas, der USA und der EU-Länder, will aber selbst keine Milliarden einsetzen, da ein Teil davon ja im Ausland verpuffen könnte.

für das zukünftige Zusammenleben auf unserem Planeten wären sie gar dringend angesagt:

– Eine erste Piste könnte davon ausgehen, dass die Wirtschaft von der realen Wertschöpfung lebt, von lebendiger Arbeit, von produktivem Wissen. Offensichtlich ist aber auch, dass mit realer Wertschöpfung auf die Dauer keine zweistelligen Eigenkapitalrenditen versprochen werden können.

– Eine zweite Piste müsste sodann auf die reale industrielle und dienstleistende Tätigkeit in der Schweiz setzen und diese konzeptionell in Richtung des ökologischen Umbaus ausrichten. Eine solche Industriepolitik darf nicht weiter aus ideologischen Gründen verhindert werden.

– Drittens wären vorhandene Arbeitskraft und Wissen massiv zu fördern, mit einer Weiterbildungsoffensive, wie sie dieses Land noch nie gesehen hat. Die jetzige Krise wäre ein guter Moment dafür.

– Viertens wäre der Finanzwirtschaft eine zudienende Rolle für die Realwirtschaft zuzuweisen, ähnlich der Elektrizitätswirtschaft, die die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft mit der täglich nötigen Energie versorgt. Für Spieler müssten separierte Casinos genügen.

– Gegenüber der internationalen Gemeinschaft könnte sich die Schweiz fünftens von ihrer bisherigen Rosinenpickerei verabschieden, Kooperationen und Abkommen zwischen Gleichberechtigten verstärken und Offenheit für politisches Asyl zeigen.

– Sechstens steht noch ein grosses Stück nachzuholende Demokratisierung aus, indem die Frauen real gleiche Chancen und Löhne in Betrieb und Gesellschaft erhalten.

– Schliesslich wäre wieder zu betonen, dass Gesellschaft und Staat nicht wie ein Unternehmen geführt werden, sondern sich im direktdemokratischen Prozess selbst bestimmen.

Eine solche Mission könnte überzeugen und wäre eine echte Alternative zur Rosinenpickerei und Profitjägerei der letzten Jahrzehnte.

Im Wunschland der Gewerkschaften wären wir damit zwar noch nicht angelangt – dazu müssten weitere, soziale Pisten ausgebaut werden. Aber es wäre eine glaubwürdigere und zukunftsfähigere Perspektive für die Schweiz.

Was dem dominierenden Bürgertum in der Schweiz fehlt, ist nicht in erster Linie die Macht. Was fehlt, sind Überzeugung und eine überzeugende Perspektive.

Welch ein Weg also von der weltoffenen Pionierin des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts zur kleinstaatlich-kleinkarierten Rosinenpickerei! Welch ein Weg von der Gewährung politischen Asyls für Freiheitskämpfer zur Verteidigung des Steuerasyls für Bürger aus Bushs «Steuerhölle»!

Was dem dominierenden Bürgertum in der Schweiz fehlt, ist nicht in erster Linie die Macht. Mit grossem finanziellem Aufwand gelang es immer wieder, eine Mehrheit der Stimmbürger für dies und das zu mobilisieren. Was fehlt, sind Überzeugung und eine überzeugende Perspektive.

Was hingegen nicht fehlt, sind einfach neue Köpfe, neues Personal für die Elite. Denn wenn die neuen Leader die alten falschen Konzepte vertreten – zum Beispiel mitten in der Krise mit geschönten Quartalsergebnissen verkünden: «Wir haben die 25 Prozent Eigenkapitalrendite wieder erreicht!» –, dann sind wir keinen Schritt weiter.

Dabei gäbe es ja durchaus andere, überzeugende Pisten. Angesichts der Notwendigkeiten

ANDREAS RIEGER, geboren 1952, hat Sozialpädagogik studiert und ist Co-Präsident der Gewerkschaft Unia.

Wir haben den Staat ausgebaut. Die Bürokratie. Die Gesetze. Die Regulierungen. Dabei wäre weniger mehr. Es ist Zeit für eine Politik, die wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

5 Weniger Staat, mehr Schweiz

Lukas Reimann

Die Ausgangslage wäre ausgezeichnet: freiheitliche Ordnung, direkte Demokratie, föderalistischer Wettbewerb, liberaler Arbeitsmarkt, geringe Regulierung. Die Schweiz steht eigentlich auf einem soliden Fundament. Doch sie entfernt sich immer weiter von ihren Erfolgsprinzipien. Sie untergräbt ihr Fundament.

Prominente Stimmen mahnen, die Elite in Politik und Wirtschaft bilde weder Nachwuchs heran noch neue Ideen. Das trifft zu. Doch grosse Ideen und Taten lassen sich nicht herbeibefehlen. Erfolg entsteht nicht durch Machtanspruch aus Bern, sondern indem schöpferische Geister frei operieren und sich frei organisieren können. Sie brauchen keine Oligarchen, um zu lernen, was der Sache und dem Menschen dient. Ganz im Gegenteil – jene, die antreten, die Probleme von oben zu lösen, sind selbst das Problem: die Bürokraten-Elite. Diese Elite hält sich für kompetenter, das Leben der Menschen zu steuern und zu kontrollieren, als die Menschen selbst. Dass sie genau damit den freiheitlichen Schweizer Erfolgsprinzipien entgegenwirkt, vertuscht sie geschickt (zuweilen wohl auch vor sich selbst).

Als Nationalrat werde ich täglich mit neuen Papieren der Bundesverwaltung konfrontiert. Einer stabilen Zahl von Milizpolitikern (246 National- und Ständeräte) stehen Jahr für Jahr mehr vollamtlich beschäftigte Bürokraten gegenüber. 2007 waren es 193'900 Beamte. Durch die Schaffung neuer Regulierungen rechtfertigen sie ihre Existenz. Sie entwickeln ein Eigenleben. Sie stehen nicht im Rampenlicht und damit auch nicht unter öffentlicher Kontrolle, geben aber zu-

nehmend den Takt an. Die vom Volk gewählten Politiker können so kaum noch Ordnungspolitik machen.

Kennen Sie das Computerspiel «Sims»? Der Spieler nimmt seine Spielfiguren an die Hand und steuert sie durchs Leben. Es ist eines der erfolgreichsten Spiele überhaupt und zeigt, wie attraktiv und verlockend es ist, Menschen zu steuern und zu kontrollieren. Doch wenn die bürokratische Elite mit Menschen spielt, ist dies kein lockerer Zeitvertreib, sondern bitterer Ernst – mit Konsequenzen: mehr bürokratischem Aufwand einerseits und mehr Kosten und weniger Lebensqualität andererseits. Das zeigt sich eindrücklich beim Aufbau des Überwachungsstaates, mit dem unter anderem das freie Internet gebändigt werden soll.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten Regulierungen wuchern lassen, die es den kommenden Generationen schwer machen werden, ihre eigenen Ideen umzusetzen. Die amtliche Sammlung, in der die neuen Gesetze publiziert werden, hat sich allein in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Verstärkt wird dieser Effekt durch die vielen internationalen Konventionen, die die direkte Demokratie immer stärker einschränken. Allein der «Bericht über die im Jahr 2008 abgeschlossenen internationalen Verträge» umfasst 402 Seiten. Diese 402 Seiten enthalten nicht etwa die Verträge, sondern sind bloss einseitige Zusammenfassungen von rund 400 Verträgen. Zudem sind im Bericht nur diejenigen Abkommen zusammengefasst, über die das Parlament nicht entscheiden durfte.

Ob Gesundheitswesen, Wohnungs- oder Finanzmarkt: die staatliche Regulierung ist gross – und ebenso die Misere. Besteht da womöglich ein Zusammenhang? Es gibt aber auch Gegenbeispiele. Der Unterhaltungselektronikmarkt ist einer der wenigen kaum regulierten Märkte, und wo sonst haben wir in den letzten Jahren derart viele Innovationen und Preissenkungen erlebt? Überregulierung schränkt die fundamentalen Grundrechte ein. So ist das Recht, einen Beruf oder ein Gewerbe frei und ohne Einmischung des Staates zu betreiben, längst die Ausnahme. Es gibt kaum noch Tätigkeiten, für die nicht irgendein Gesetz eine staatliche Bewilligung vorschreibt. Ging es den Generationen, die ohne diese Bewilligungen auskamen, wirklich schlechter?

Es fällt auf, dass die Mehrzahl der grossen Schweizer Unternehmen gegründet wurden, als die Regulierungsdichte schwach ausgeprägt war. Viele glauben, die aktuelle Finanzmarktkrise sei

darauf zurückzuführen, dass die freie Marktwirtschaft versagt habe. Sie rufen nach stärkerer Regulierung – und irren. Kaum ein Wirtschaftssektor ist stärker reguliert als der Finanzmarkt. Allein das Verzeichnis der Regulierungen in diesem Bereich hat die Dicke eines Telefonbuchs. Ein Übermass an Regulierungen erstickt den echten freien Markt. In diesem Umfeld konnten sich Grossbanken bilden, die hochriskante Praktiken entwickelten, die sie in einem freien Wettbewerbsumfeld aufgrund der möglichen für sie selbst bedrohlichen Folgen kaum angewandt hätten. Es gibt eben kein Mittel, das schneller, effizienter und gnadenloser reguliert als der freie Markt.

Im Mittelalter hatten die Menschen den Zehnten abzuliefern – heute ist es, seriös gerechnet, ein Drittel des Einkommens oder mehr. Die tüchtigsten Bürger in unserem Land müssen jedes Jahr gar bis zu den Sommerferien arbeiten, um den Steuerhunger des Staates zu befriedigen. Ist das noch eine freiheitliche, das Eigentum – und Einkommen ist Eigentum – respektierende

Gebt allen die gleiche Chance! Belohnt Fleissige, bestraft Faule und hilft in besonders grosser Not. So lohnt sich Leistung wieder für alle!

Ordnung? Das heutige Steuersystem bestraft den leistungswilligen Mittelstand. Es bestraft die kleinen und mittleren Unternehmer, die neue Jobs schaffen.

Auch die Gesamtgebührenlast bei Bund, Kantonen und Gemeinden ist seit 1990 markant angestiegen, nämlich um mehr als 80 Prozent, auf über 23 Milliarden Franken. Seit meiner Geburt haben sich die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden mehr als verdreifacht. Obwohl also den Leuten immer mehr Abgaben aufgebürdet werden, vermögen diese die staatlichen Ausgaben nicht mehr zu decken. Der Staat wendet heute enorme Summen auf, um nur schon seine eigenen Schuldzinsen zu begleichen. Wohin soll das führen?

David Friedman, Sohn des Ökonomen und Nobelpreisträgers Milton Friedman, weist in seinem Blog auf eine wenig bekannte Depression hin: 1920/21 fiel der Verbraucherpreisindex um 10,8 Prozent, mehr als in jedem einzelnen Jahr der späteren Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote stieg so rasant wie erst 1931 wieder. Eine gravie-

rende Wirtschaftskrise drohte. Die US-Regierung senkte Steuern und Staatsausgaben, und siehe da, schon 1923 war die Rezession weg.

Staatsausgaben erhöhen, Steuern erhöhen, die Rüstungsindustrie durch Kriegseintritt fördern, also Wohlstand schaffen durch Verschwendung, Diebstahl und Zerstörung: das sind die drei gefährlichsten Irrlehren, die wir aus der Geschichte ziehen können. Die ersten beiden werden schon eifrig in die Tat umgesetzt. Die Umsetzung der dritten ist vielleicht schon in Vorbereitung, möglicherweise mit Hilfe von Kim Jong Il oder Ahmadinedschad.

Es ist Zeit, den Bürgern zu sagen: Lasst euch dieses Spiel nicht mehr gefallen! Sorgt für euch selbst! Lasst es euch nicht nehmen, euch in eigenen, freiwilligen Zusammenschlüssen zu organisieren! Und macht nicht die Faust im Sack, sondern sagt es geradeheraus: «Diener des Staats, schreibt uns nicht vor, was wir zu denken und zu sagen haben! Wir sind das Volk! Kümmert euch um die zentralen Aufgaben. Um die aber richtig: äussere und innere Sicherheit, Währungsstabilität, funktionierende Justiz. Gebt allen die gleiche Chance! Belohnt Fleissige, bestraft Faule und helft in besonders grosser Not. So lohnt sich Leistung für alle wieder!»

Im Laufe seiner Tätigkeit lernt ein Politiker viel. Aber niemand bringt ihm bei, was er am dringendsten braucht: eine klare Vorstellung davon, was der Staat kann und wo seine Grenzen liegen. Darum muss die Freiheit jedes einzelnen Bürgers immer wieder neu verteidigt werden. Bürokratische Bevormundung darf nicht das Leben bestimmen. Darum weg mit überflüssigen Regulierungen und runter mit unverhältnismässig hohen Steuern! Je länger ich in der Politik bin, desto stärker bin ich davon überzeugt, dass nur weniger Politik eine bessere Politik sein kann. Nur weniger Staat macht ihn in den wichtigen Dingen stark und zuverlässig. Weniger Staat bedeutet mehr Schweiz.

Solange ich politisch aktiv bleibe, werde ich mir diesen grossen Traum bewahren. Ich möchte, dass unsere Schweiz nicht mehr gegen den Abstieg kämpft. Ich möchte, dass wir wieder um die Meisterschaft kämpfen und auf Sieg setzen. Dafür muss sich die Schweiz nicht neuerfinden. Es reicht, wenn sie zu den bewährten Erfolgsprinzipien zurückfindet und sie selbstbewusst vertritt.

LUKAS REIMANN, geboren 1982, studiert Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und ist Nationalrat für die Schweizerische Volkspartei (SVP).

Die Schweizer Wirtschaft handelt global. Die Politik jedoch denkt lokal. Es braucht Führungskräfte, die diese Spannung aushalten. Gibt es sie?

6 Auf der Suche nach einer neuen Elite

Katja Gentinetta

Gerade war die Schweiz so richtig in Schwung gekommen, als sie von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eingeholt wurde, die sich auch noch zu einer Politikkrise auswuchs. Binnen Wochen wurde nicht nur unsere grösste Bank gerettet, sondern auch das Bankgeheimnis praktisch preisgegeben. Entsprechend rasch war klar, wer die Schuldigen sind: die Banken, der Bundesrat, und überhaupt der freie Markt.

Diese Schuldzuweisungen sind nachvollziehbar. Die Banken haben das Prinzip der Haftung, das für einen funktionierenden Markt unerlässlich ist, bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt und verteilt. Eine Bestrafung durch den Markt statt eine Rettung durch den Staat wären die schmerzhaftere Lehre gewesen – allerdings für uns alle. Dass man zudem einen beträchtlichen Teil ihrer Verantwortungsträger behält, und einige wenige durch wohlverdiente, erfahrene *old boys* ersetzt, mag unter dem Gesichtspunkt des wiederherzustellenden Vertrauens im Moment richtig sein; denn Vertrauen beruht in erster Linie auf Erfahrung. Offen ist jedoch, was für Führungskräfte gebraucht werden, wenn das schlimmste vorüber ist und eine neue Welt mit neuen Herausforderungen, Ideen, Praktiken aufwartet. Es zeichnet sich jedenfalls nicht ab, dass eine Garde von Nachwuchskräften bereitstünde – sonst hätte man wohl den einen oder die andere bereits jetzt ganz oben positioniert.

Ähnlich nachvollziehbar ist die Wut gegen die politischen Eliten. Seit 1989 (!) gibt es Bestre-

bungen in der EU, angeblich «schädliche» Steuerpraktiken zu bekämpfen und die steuerliche Erfassung von Zinseinkünften in ihrem Hoheitsgebiet zu vereinheitlichen. Die Unterzeichnung des Zinsbesteuerungsabkommens mit der EU im Jahr 2004 hätte man als «letzten Aufschub» verstehen können. Einen «Plan B» – ein Krisenszenario bei einem Angriff auf das Bankgeheimnis, geheim, aber abgestimmt mit den wichtigsten Spielern auf dem Finanzplatz Schweiz – hätte man erwarten dürfen. Stattdessen wurde der Bundesrat plötzlich an die Wand gedrückt und konnte sich nur noch verteidigen und schrittweise nachgeben.

So verständlich solche Schuldzuweisungen an die Wirtschafts- und die Politikeliten sind, sie müssen relativiert werden. Welche Industrie wäre angesichts des gigantischen Erfolgs nicht dazu verführt gewesen, über das versagende Controlling und die ausser Kontrolle geratenen Geschäfte hinwegzusehen? Und: hätten wir dem Bundesrat nicht vorausseilenden Gehorsam vorgeworfen, hätte er auch nur einen halbwegs hörbaren Gedanken an eine solche Strategie der Preisgabe verlautbaren lassen? – Auch Eliten schwimmen offensichtlich mit auf den Wellen des Erfolgs und nicht gegen den Strom. Den wirtschaftlichen Erfolg kritisch zu kommentieren, macht wenig beliebt. Wer in guten Zeiten vor schlechten warnt, gilt als Spielverderber.

Was aber wäre die Aufgabe der Eliten? Warum ist eine demokratische Gesellschaft auf sie angewiesen? Die inhaltliche und institutionelle Ausgestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Bereitstellung von Infrastrukturen, von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit – diese Fragen sind nicht nur komplex, sondern darüber hinaus einem steten Wandel unterworfen. Eliten haben die Aufgabe, diesen Wandel zu begleiten, mögliche Veränderungen vorauszusehen und notwendige Anpassungen rechtzeitig einzuleiten. Dies wiederum bedingt nicht nur die Kenntnis des faktisch Notwendigen, sondern ebenso des politisch Möglichen. Gerade politische, wirtschaftliche und intellektuelle Eliten müssen zumindest den Versuch unternehmen, den Raum des politisch Möglichen zu erweitern, indem sie aufklären, vermitteln und überzeugen.

Gemessen an diesen Aufgaben aber kann man den Eliten kein gutes Zeugnis ausstellen. Die Wirtschaftseliten haben es zum einen verpasst, die Vorzüge der Globalisierung nachvollziehbar zu vermitteln – etwa aufzuzeigen, dass mit den Erfolgen im Ausland nicht nur ihre «Entschädigungen», sondern auch der Wohlstand im gan-

zen Land gestiegen sind. Vor allem aber haben es die Verantwortungsträger der gescholtenen Banken versäumt, sich angemessen zu erklären und vielleicht sogar um Entschuldigung zu bitten. Die Eliten der Finanzindustrie blieben bemerkenswert still, wenn es darum ging, zu erläutern, was geschehen war, warum das alles geschehen konnte – und welche Rolle sie dabei gespielt hatten.

Die politischen Eliten haben es ihrerseits ebenso verpasst, den Nutzen aufzuzeigen, den die kleine offene Volkswirtschaft Schweiz im eigenen Land erbringt, und welche Rahmenbedingungen dafür in Zukunft notwendig sind. Im Gegenteil – mit Ausnahme der dafür fast schon belächelten FDP – stimmte das Gros der Politik lieber ins Lied der Globalisierungskritik ein. Ausserdem war die Politik nicht fähig – oder nicht willens –, den Aufschwung für anstehende Reformen zu nutzen und «das eigene Haus in Ordnung zu halten». Weder wurden die Sozialwerke angemessen reformiert oder saniert, noch hat man die (halb)staatlichen Sektoren derart in die unternehmeri-

die zwar oft international tätig, aber stark lokal verankert sind.

Dass die Curia-Vista-Geschäftsdatenbank des Parlaments bei der Suche nach Vorstössen im Bereich «Wirtschaft» mit dem Begriff «international» im Titel keinen einzigen Treffer ergibt, mag Zufall oder Indiz sein. Während die Politik- und Wirtschaftselite sich – wie noch vor vielleicht 20 Jahren – in den dichtgewobenen Netzwerken oder klassischen Männerbünden (inkl. Militär) zusammenfand und austauschte, begegnet man sich heute kaum mehr. Das bedeutet auch: man stellt einander keine Fragen mehr, man muss sich nicht mehr erklären, man kann sich nicht einmal mehr miteinander messen. Gemeinsame Inhalte, vergleichbare Strukturen und verbindende Massstäbe sind verlorengegangen.

Diese Trennung der Sphären ist kein Phänomen unseres Sonderfalls (der wir in der Art gar nicht sind), sondern ein Ergebnis der Globalisierung der vergangenen zwanzig Jahre. Sie liegt in der Natur der Sache. Dennoch: für ein direktdemokratisches Milizsystem wie die Schweiz ist das fatal. Da praktisch alles und jedes vom Souverän entweder indirekt mitbestimmt oder direkt entschieden wird, ist der Blick aufs Ganze – auf Binnenprobleme und globale Herausforderungen – entscheidend.

Nach der «Öffnung» gegenüber einer ökonomisch angebahnten Weltgesellschaft bedarf es jetzt vermutlich, wie der deutsche Philosoph Jürgen Habermas diese «postnationale Konstellation» geschildert hat, einer neuerlichen politischen «Schliessung». Damit ist nicht etwa Protektionismus gemeint, sondern eine politische Kultur, die nationale Eigenarten und internationale Herausforderungen samt deren Vertretern integriert und im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess wiederum zusammenführt. Die Vermutung liegt nahe, dass es hier neue Kräfte braucht, eine Generation von Frauen und Männern, die hierin ein Wirkungsfeld und Gestaltungspotential entdecken, ohne von erworbenen Positionen Abschied nehmen zu müssen; neue Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich nicht mehr auf das Paradigma des Entweder-Oders stützen – entweder Markt oder Politik, entweder global oder lokal, entweder privilegiert oder chancenlos, entweder politisch korrekt oder individuell von Nutzen. Entscheidend ist die Kombination und das Mass. Der richtige Moment dafür wäre der nächste Aufschwung – und der kommt bestimmt.

Die Schweiz ist in zwei Sphären getrennt: in ein Innen und ein Aussen, mit einer national verpflichteten Politik hier und einer global ausgerichteten Wirtschaft dort.

sche Freiheit entlassen, dass sie sich dem internationalen Markt öffnen konnten.

Das Bild, das sich aufgrund dieser Schilderung ergibt, ist das eines Koordinatensystems, bei dem die Schweiz in zwei Sphären zerfällt: in ein Innen und ein Aussen, mit einer national verpflichteten Politik hier und einer global ausgerichteten Wirtschaft dort. Weder haben sich die «globalen Nomaden» in der heimischen Politik wirklich engagiert, noch hat sich die Politik intensiv mit den Anliegen der global tätigen Unternehmen befasst. Bundesparlamentarier mit direkter Verbindung zu den ganz grossen multinationalen Unternehmen der Schweiz finden sich keine – vermutlich deshalb, weil diese ihre Interessenvertretung entweder an Verbände delegiert haben oder sie via Lobbying wahrnehmen. Unternehmer im Sinne international tätiger, aber dem Werkplatz Schweiz entstammender Firmen finden sich eine Handvoll. Nicht überschaubar hingegen ist die Zahl der Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Wurzeln oder Tätigkeiten in den KMUs,

KATJA GENTINETTA, geboren 1968, ist promovierte Philosophin und stellvertretende Direktorin des Schweizer Thinktanks «Avenir Suisse».

Reagieren geht über studieren: so oder ähnlich könnte das neue Motto unserer Landesregierung lauten. Die oberste Exekutivbehörde ist sich bloss darin einig, dass sie nicht einig ist. Wir brauchen eine Regierungsreform. Je früher, desto besser.

7 Einig uneinig

Lena Schneller

Was einst die Ausnahme war, gehört fast schon zur Normalität: die Alleingänge der Bundesräte. So konnte ein Mitarbeiter der OECD-Delegation der Schweiz im März dieses Jahres gerade noch verhindern, dass ein Brief, verfasst von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, an den OECD-Generalsekretär Angel Gurría gelangte. Bundesrätin Calmy-Rey lobte darin, im Widerspruch zur bisherigen Haltung des Gesamtbundesrats, die OECD für ihr Vorgehen in der Steuerpolitik. Bundesrätin Doris Leuthard sprach – lange bevor dies vom Gesamtbundesrat beschlossen worden wäre – von einem dritten Konjunkturpaket, wobei sie sich im Zuge einer kleinen Medieninszenierung, ohne Rücksprache mit den Kollegen, überdies entschloss, auf einen Teil ihres Lohnes zu Gunsten eines arbeitslosen Studenten zu verzichten. Bundesrat Merz versprach dem Internationalen Währungsfonds, ohne sich zuvor mit dem Gesamtbundesrat besprochen zu haben, die Zahlung von immerhin 20 Millionen Franken. Und auch in Sachen Piratenabwehr Atalanta verhielt sich die Landesregierung einig uneinig und widersprüchlich. Was ist los mit dem Bundesrat?

Es ist nicht so, dass nur in den letzten Jahren eine uneinheitliche Haltung unser oberstes Exekutivgremium zu beherrschen scheint. Das Gremium wirkt überhaupt ziemlich ziel- und planlos. Parteipolitik und Eigenprofilierung der Bundesräte sind offensichtlich wichtiger als die Konkordanz und das Wohlergehen des Landes. Es ist deshalb nur konsequent (wenn auch bedau-

erlich), dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politiker zusehends schwindet.

Die SVP hat in den vergangenen Wochen die Volkswahl der Bundesräte wieder zum Thema gemacht. Mit einer solchen Wahl sollen das Vertrauen zwischen der Bevölkerung und dem Bundesrat wiederhergestellt und machtpolitisch motivierte Fehlbesetzungen in der Landesregierung nach Möglichkeit verhindert werden. Ebenfalls steht seit längerem eine Amtszeitbeschränkung für Bundesräte, zum Beispiel auf zehn Jahre, zur Diskussion. Das ist alles schön und gut. Doch weder eine Amtszeitbeschränkung allein noch eine Volkswahl der Bundesräte können die Kernprobleme der Schweizer Regierung in der heutigen Zeit lösen. Denn die Probleme reichen tiefer.

Unsere Politiklandschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Innenpolitik wird längst nicht mehr nur im Inland gemacht. Jüngstes Beispiel ist der Steuerstreit. Aber auch Sicherheits-, Migrations- und Wirtschaftspolitik können heute nicht mehr losgelöst von der Aussenpolitik betrachtet werden. Will man die Innenpolitik stärken, muss man vermehrt auch aussenpolitisch in Aktion treten. Gerade hier scheint der Bundesrat konzeptlos. So werden zwar in vielen Bereichen Verträge mit anderen Staaten abgeschlossen, insbesondere Freihandelsverträge, aber es fehlt ein Gesamtkonzept, das nicht nur die klassischen aussenpolitischen Fragen umfasst, sondern durch eine koordinierte Aussenpolitik auch die Innenpolitik der Schweiz stärkt.

Die Konzeptlosigkeit liegt offen zutage: allzuoft reagiert die Schweiz nur noch, statt zu agieren. Ein Beispiel für das nicht durchdachte Vorgehen des Bundesrates im Ausland ist der Fluglärmstreit und die Standortfrage eines möglichen Endlagers für Atommüll. Deutschland hat eine einseitige Anflugverordnung erlassen, die für das am dichtesten besiedelte Gebiet der Schweiz massiven Fluglärm zur Folge hat. Der Bundesrat blieb lange untätig, dann versuchte er eher verzweifelt als überlegt das Dossier Fluglärm mit anderen grenzüberschreitenden Fragen zu verknüpfen – und scheiterte kläglich, nicht zuletzt wegen interner Unstimmigkeiten. Geradezu grotesk mutet vor diesem Hintergrund an, dass Bundesrat Moritz Leuenberger den Deutschen unlängst ein Mitspracherecht bei der Standortfrage eines Endlagers für Atommüll zugesichert hat. Und was bekommen wir dafür?

Leuenberger tat dies offensichtlich aus blosssem Anstand. Dieses Vorgehen zeugt zweifellos

von einem höflichen Umgang der Schweiz mit ihren Nachbarländern – aber ist helvetische Höflichkeit ein probates Mittel im europäischen Konkurrenzkampf der Länder? Wäre es mithin nicht an der Zeit, die eigenen Interessen vehement zu verteidigen und Zugeständnisse an Bedingungen zu knüpfen? So hätte man Deutschland die Mitsprache beim Standort des Atomlagers einräumen können unter der Bedingung, dass eine Neuverhandlung des Luftverkehrsabkommens zwischen den beiden Ländern an die Hand genommen wird.

Dass die Schweiz allzuhäufig nur reagieren kann, hängt aber nicht allein mit der Konzeptlosigkeit der Regierung zusammen. Sachverhalte, die international beeinflusst sind, fordern den Bundesrat auch zu einem schnelleren Handeln auf, als dies in der Innenpolitik möglich und üblich ist. Die Schweiz ist sich gewohnt, dass – unter anderem aufgrund des Konkordanzprinzips, aber auch wegen der direkten Demokratie – alles in der Politik eher langsam geschieht. Die Schritte sind kleiner, die Ergebnisse dafür nachhalti-

es sich nur entfernt um eine mathematische Parteienvertretung; vielmehr geht es darum, dass ein gemeinsamer Grundkonsens unabhängig von der Parteizugehörigkeit besteht, dass die Bundesräte gemeinsame Ziele haben und diese auch als Gesamtgremium vertreten können. Eine langfristige Planung ist nur dann möglich, wenn sich der Gesamtbundesrat auf eine gemeinsame Strategie einigen kann. Alleingänge gefährden diese Konkordanz und damit auch die politische Stabilität unseres Landes.

Es wäre indessen falsch, alle diese Entwicklungen nur negativ zu sehen. Im Gegenteil. Sie bieten der Schweiz eine Chance dazu, sich wieder neu zu definieren und damit zu stärken. Das einzigartige politische System der Schweiz ermöglicht eine hohe Stabilität und eine grosse Wettbewerbskraft. Um diese nicht zu verlieren, müssen wir bereit sein, uns den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen. Neue Köpfe können kurzfristig helfen, lösen das Problem aber nicht. Es braucht institutionelle Reformen, die gewährleisten, dass der Bundesrat gegen aussen frühzeitig und schlagkräftig auftreten kann, ohne dass innenpolitisch Stabilität und Berechenbarkeit verloren gehen.

Prüfungswerte Vorschläge gibt es durchaus. So müsste man sich überlegen, ob ein Jahr Präsidium im Bundesrat nicht zu kurz ist. Wir werden auch nicht darum herumkommen, über die Grösse des Bundesrates zu diskutieren. In einer Zeit, in der aufgrund eines langfristigen Konzeptes schnelles Handeln gefragt ist, stellt sich die Frage, ob eine Verkleinerung des Bundesrates und eine damit einhergehende Schaffung einer zweiten Regierungsebene, einer Ministerebene, die Schweizer Regierung nicht schlagkräftiger machen könnte. Wir stehen in dieser und anderen Diskussionen freilich erst am Anfang.

Will die Schweiz in Zukunft wieder agieren und nicht nur reagieren, muss sie eine Diskussion über eine Regierungsreform führen. Es weht auf dem internationalen Parkett ein rauherer Wind als auch schon. Nur wenn wir uns endlich zusammenraufen, haben wir die Chance, dem Sturm standzuhalten, der sich da zusammenbraut. Es braucht Mut und Entschlossenheit. Und es braucht eine klare Vorstellung über die Stärken des Modells Schweiz. Sonst büssen wir nicht nur unsere Standortvorteile und unseren Wohlstand ein – wir laufen auch Gefahr, dass uns unser erfolgreiches politisches Modell abhanden kommt.

Nur wenn wir uns endlich zusammenraufen,
haben wir die Chance, dem Sturm standzuhalten,
der sich da zusammenbraut.

ger. Dies macht unser System einzigartig. Doch wird die Schweiz nicht darum herumkommen, die Entscheidungswege zu verkürzen, wenn sie Beschlüsse, die eine internationale Dimension haben, mitbestimmen und nicht nur entgegennehmen und umsetzen will (jüngstes Beispiel: Steuerverhandlungen mit den USA in Zusammenhang mit der UBS).

Dazu braucht der Bundesrat eine längerfristige Planung. Das Beschliessen kurzfristiger Konjunkturpakete scheint besser anzukommen, als wenn man sich der langfristig relevanten Probleme der Schweiz, wie etwa der Überschuldung oder der Probleme des demographischen Wandels, annimmt. Mit langfristigen Massnahmen kann man sich eben weder medial profilieren noch kann man in der Bevölkerung Aufmerksamkeit erregen.

Auf einem ähnlichen Niveau bewegt sich die Diskussion um die Konkordanzpolitik; sie beschränkt sich heute fast ausschliesslich auf eine rein arithmetische Berechnung der Vertretungen im Bundesrat. Doch bei der Konkordanz handelt

LENA SCHNELLER,
geboren 1978, ist
Juristin und Präsidentin
der Jungfreisinnigen
Schweiz.

Die Medien sehen sich als Garanten der Demokratie. Angesichts ihres Wandels zur Unterhaltungsindustrie ist dieser Anspruch bloss noch eine Anmassung. Die angeblichen Hüter sind politische Neutren mit etwas Linksdrall und ohne Massstäbe.

8 Das Trugbild der vierten Gewalt

Max Frenkel

Die Medien sehen sich gerne als vierte Gewalt im Staat. Berufen, die Einhaltung der demokratischen und rechtsstaatlichen Abläufe durch die Anprangerung von Missständen zu gewährleisten. Wer allerdings verfolgt, was die Medien tatsächlich tun, dem müssen Zweifel an einem solchen Anspruch kommen. Allzudeutlich wird die Information der Unterhaltung untergeordnet.

Zunächst einmal muss man sich mit der Frage auseinandersetzen, was denn die Essenz der Gewaltenteilungs- oder -trennungslehre überhaupt sei. Im Kern geht es bei ihr um die Erkenntnis, dass jede der drei Gewalten im Staate – die Legislative, die Exekutive und die Justiz – als Folge ihres Handelns das Handeln der jeweils zwei andern kontrolliert. Das Ziel des Ganzen ist es, den einzelnen vor Übergriffen zu schützen und ihm, im Rahmen des Rechts, den höchstmöglichen Grad an Freiheit zu lassen. Dabei wird, wie übrigens auch bei der Marktwirtschaft, nicht nur in Kauf genommen, dass die Akteure eigennützige Ziele verfolgen. Es ist gerade deren Konkurrenz, die für das erwünschte, freiheitsfördernde Balancensystem sorgt. Das setzt in der Demokratie allerdings voraus, dass die Verhältnisse für alle überschaubar sind. Das war früher der Fall, als der Staat noch eine Beschäftigung für die wenigen, das heisst für die Aristokraten und den gebildeten Mittelstand, war. Die andern waren Untertanen. Es ist das auch heute noch in Kör-

perschaften der Fall, wie sie vor allem die kleinen, direktdemokratischen Gebilde von Bundesstaaten darstellen.

Die Komplexität der heutigen Aufgaben, die Beschleunigung der Abläufe und die Grösse machen die Staatsführung immer unüberschaubarer. Es braucht deshalb noch eine Funktion, die für die Transparenz des Geschehens sorgt. Sonst besteht nämlich die Gefahr, und sie ist sehr real, dass die gegenseitige Kontrolle der drei Gewalten zum korrupten Filz wird. Transparenz herzustellen, wozu auch das Erklären der Vorgänge gehört, das ist die Funktion der Medien. Insofern sind sie im heutigen Staat tatsächlich eine Gewalt.

Wenn diese dennoch zu einem grossen Fragezeichen Anlass gibt, so hängt das einerseits mit ihrer Entwicklung zusammen, andererseits mit jener im Selbstverständnis des Berufsstandes. Das Problem der Medien wurde eingangs bereits erwähnt. Sie sind zum Theater geworden, auf dessen Bühne das Geschehen nicht einfach abgebildet und verständlichgemacht wird. Es wird inszeniert. Oder, um mit den Worten eines der vielen früheren Chefredaktoren des «Blicks» zu sprechen: es wird auf den Punkt gebracht. Das wäre unproblematisch, läge dieser Punkt nicht allzuhäufig neben der Sache statt auf ihr. Wichtig ist nicht das aufgeworfene Problem. Das Interesse des Blattes, und damit auch das Informationsangebot für den Leser, gilt allein jenen Aspekten, die sich zur Unterhaltung eignen. Wobei nichts so unterhaltend ist wie die moralische Selbstbefriedigung der Entrüstung oder, deutlich seltener, die auch wieder ans Gefühl appellierende Verherrlichung von Helden.

Selten geworden sind hingegen die Medien (die «NZZ» gehört noch zu dieser ganz kleinen Gruppe), bei denen man weiss, wo sie weltanschaulich stehen und von welchen Grundüberzeugungen aus – zu diesen kann man dann stehen, wie man will – sie das Geschehen beurteilen.

Ich lebe zum Beispiel im Einzugsgebiet der «Soothurner Zeitung». Als ich nach Solothurn kam, war sie noch ein freisinniges Blatt, in ständiger Auseinandersetzung mit der roten «AZ» und den schwarzen «Soothurner Nachrichten». Diese Konkurrenzsituation führte dazu, dass der Leser, so er wollte, sich recht gut ein Bild der verschiedenen Aspekte einer Sache machen und mit diesen Informationen dann seine eigene Meinung bilden konnte. Die letzteren beiden Blätter verschwanden, und die «Soothurner Zeitung» ist heute ein Blatt, das liberal mit linksbeliebig verwechselt.

Das wurde möglich, weil nicht nur die Medien sich gewandelt haben, sondern auch die Journalisten. Hatten diese früher einen politischen Standort und waren freisinnig, sozialistisch oder christdemokratisch, so sind sie heute politische Neutren oder behaupten jedenfalls, solche zu sein. In Wirklichkeit sind sie als Kaste deutlich nach links gerutscht, und so schreiben sie auch. Und mit ihrer angeblichen Unabhängigkeit ersparen sie sich erst noch Parteibeiträge.

Keiner Partei anzugehören, gilt heute bei den Medienschaffenden sogar als Tugend. Gingen im frühen Journalismus die politische Tätigkeit und das Schreiben häufig nebeneinander her, muss das heute vermieden werden. So jedenfalls die reichlich bombastisch formulierten «Richtlinien zur Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» des Schweizer Presserats: *«Die Ausübung des Berufs der Journalistin, des Journalisten ist grundsätzlich nicht mit der Ausübung einer öffentlichen Funktion vereinbar.»* Bereits *«die blosse Mitgliedschaft in einer Partei tangiert die journalistische Unabhängigkeit*

Die angebliche vierte Gewalt ist die einzige Gewalt, die sich von den andern nicht kontrollieren lassen will, und die aus Eigeninteresse vor allem der Unterhaltung dient.

und führt zu Interessenkonflikten», befand dasselbe Gremium im November 1996.

Doch was der Presserat als ethisches Problem zu erkennen vermeint, ist keins. Ein ethisches Problem wäre es, wenn der Journalist den Leser über seine politische Zugehörigkeit zu täuschen versuchte. Sein Standort, wo der eine Rolle spielt, muss klar sein. Viel wichtiger ist es in einer Demokratie hingegen, dass der Journalist eine Meinung hat und diese auch begründet. Die heutigen Probleme aber sind auf der einen Seite die Oberflächlichkeit, weil die Presseleute allzuhäufig allzuwenig von dem verstehen, was sie beurteilen. Eine solide Fach- und Allgemeinbildung ist eben gerade hier nötig (und müsste auch im Gehalt abgegolten werden).

Bei der «NZZ» erwarb ich zum Beispiel eine gewisse Notorietät mit meinen Kommentaren zur Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und zur Expo 2002. Bei beiden Themen war ich jeweils dem Geschehen einen Schritt voraus, weil ich die Zeit und die Vorkenntnisse hatte, mich

beiden wirklich widmen zu können. Im Unterschied zu Kollegen anderer Blätter, die mangels Wissens immer wieder auf das Wahre, Gute und Schöne zurückgreifen oder PR-Texte abschreiben mussten.

Auf der anderen Seite fehlen dem «parteilosen» Journalisten zudem rasch einmal Massstäbe für sein Urteil, so dass er wie ein Lemming in der Herde mitrennt. Besonders deutlich wird das jeweils in der Berichterstattung über den grossen Bösen Blocher: keiner mehr hört wirklich hin, was er sagt. Alle warten auf den Satz, an dem man ihn (oft mit etwas Manipulation) aufhängen kann. Wobei man in diesem Fall auch sagen muss, dass Blocher das Spiel mitspielt; denn paradoxerweise lebt er politisch von den Angriffen seiner journalistischen Feinde.

Das Bild von der vierten Gewalt ist auch noch aus einem weiteren Grund in Schiefelage geraten. Die Gewaltenteilung ist nicht einfach Trennung, sondern gleichzeitig gegenseitige Kontrolle. Aber gerade dieser haben sich die Medien in einem bedenklichen Masse entzogen. So gelang es ihnen 1998, sich ein Zeugnisverweigerungsrecht zu sichern (Strafgesetzbuch Art. 28a), das es dem Richter, ausser bei schweren Verbrechen, verunmöglicht, zum Beispiel der Glaubwürdigkeit oder dem Vorhandensein angeblicher Quellen nachzugehen. Es wäre reichlich blauäugig anzunehmen, das werde nicht für die Behauptung der Existenz von Quellen missbraucht, wo es solche überhaupt nicht gibt. Ich erinnere mich da an einen Verleumdungsprozess in Genf – vor Inkrafttreten der genannten Bestimmung –, bei dem der angeklagte Journalist zugeben musste, dass er gar keine Quellen hatte. Heute würde er einfach behaupten, er habe sie, wolle sie aber nicht preisgeben.

Die angebliche vierte Gewalt ist die einzige Gewalt, die sich von den andern nicht kontrollieren lassen will und die aus Eigeninteresse (an sich nichts Böses) vor allem der Unterhaltung dient. Sie bedient die öffentliche Neugier und setzt sie dem öffentlichen Interesse gleich. Die Medien sind für die Demokratie – und gerade für die direkte Demokratie – notwendig. Aber sich als vierte Gewalt zu sehen, das ist Anmassung. Dass sie akzeptiert wird, ist ein Zeichen der Verleumdung der politischen Massstäbe. Leider auch in der Schweiz.

MAX FRENKEL,
geboren 1938, ist
promovierter Jurist und
arbeitete von 1987 bis
2003 als politischer
Redaktor für die
«NZZ». Heute ist er u.a.
Kolumnist der
«Weltwoche».

Die strategische Wende von 1989/90 hat die schweizerische Sicherheitspolitik durcheinandergebracht. Seither wird reformiert. Und debattiert. Was fehlt, ist ein nationaler Konsens über den Auftrag der Schweizer Armee.

9 Die Armee braucht einen klaren Auftrag

Martin von Orelli

Befindet sich die Schweizer Armee in einer tiefgreifenden Dauerkrise? Ohne Zweifel stand sie in den letzten Jahren immer wieder im Rampenlicht. Kaum eine öffentliche Institution hat in so kurzer Zeit so viele Reformen über sich ergehen lassen müssen. Kommt hinzu, dass die Armee 61, die für ganze Generationen nach wie vor der Massstab ist, für rund 30 Jahre Bestand hatte, während die Armee 95 bloss rund 10 Jahre existierte und die Armee XXI bereits nach wenigen Jahren, in weiteren «Entwicklungsschritten», angepasst werden muss. Unfälle sowie persönliches Versagen auf höchster Stufe haben die Verunsicherung verstärkt. Wurde dadurch auch der Blick für das Wesentliche getrübt?

Im Grunde genommen hat die strategische Wende von 1989/90 die schweizerische Sicherheitspolitik aus der Bahn geworfen. Zeitgerecht war ein neuer sicherheitspolitischer Bericht in Auftrag gegeben worden. Aber die massgebenden Kreise machten sich den Bericht 90 kaum zu eigen. Der Ruf nach einer Friedensdividende war unüberhörbar. Für die Armee hiess das, dass die Verteidigungsbereitschaft heruntergefahren wurde. Mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 verstärkte sich die Verunsicherung. Im gleichen Herbst erschütterten drei Ereignisse die Schweiz: Swissair-Grounding, Attentat im Zuger Parlament, Katastrophe im Gotthard-Strassentunnel. Die strategischen Konsequenzen von 9/11 wurden von nationalen Ereignissen verschüttet. Die Schweiz war mit sich selber beschäftigt. Ob-

wohl strategisches Denken dringend notwendig war, charakterisierten mehr technisch geprägte Diskussionen rund um die Armee die Debatten in den sicherheitspolitischen Kommissionen. Die zahlreichen Bemühungen, stufengerecht zu diskutieren, blieben vielfach auf der Strecke.

Stark vereinfacht ausgedrückt, kann man wohl festhalten, dass in der Armee 61 – der Armee des Kalten Krieges – die wesentlichen Fragen auf der taktischen Ebene angesiedelt waren. Die Kader aller Stufen kämpften mit vornehmlich überschaubaren Sorgen des alltäglichen Dienstbetriebs. Von der operativ-strategischen Ebene bis hin zu den massgebenden politischen Instanzen herrschte hingegen Einigkeit. Abgestützt auf die Bedrohungslage war der Auftrag der Armee unbestritten. Es ging um klassische Landesverteidigung. Das Parlament nahm seine Verantwortung wahr. Ein bürgerlicher Block stand praktisch geschlossen zur Armee. Und heute? Man ist geneigt zu sagen, dass es sich gegenüber der Armee 61 ziemlich umgekehrt verhält.

Auf der unteren Ebene herrscht Ordnung, «oben» hapert es zum Teil bedenklich. Immer wieder wird die Armee zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen. Verfolgt man die sicherheitspolitischen Diskussionen des Parlaments, erschrickt man ob der Unbedarftigkeit in Sachen Umfeldanalyse. Die Behandlung der jährlichen Rüstungsprogramme ist dazu degradiert worden, früher verpasste grundsätzliche Auseinandersetzungen zur Sicherheitspolitik nachzuholen. Von einem nationalen Konsens zur Rolle der Armee kann derzeit keine Rede sein!

Ein neuer sicherheitspolitischer Bericht ist im Entstehen. Zahlreiche Anhörungen haben stattgefunden. Das Engagement Tausender interessierter Staatsbürger und die Fülle der Informationen sind beeindruckend. Und dennoch bleibt ein zwiespältiger Eindruck zurück. Im Internet kann man nachlesen (www.sipol09.ethz.ch), welches aus der Sicht des VBS die strittigen Punkte in der Armee sind. In den Hearings wurden die Angehörten kaum auf diese Punkte angesprochen. Man fragte sie dafür zum Beispiel, was sie unter dem Begriff «Sicherheitspolitik» verstünden, welches der heutige Stellenwert der Neutralität sei, worin die Sicherheitsinteressen der Schweiz bestünden.

Welches sind die konkreten Konsequenzen für die Verantwortlichen, wenn es dann darum geht, die Marschrichtung in Sachen Armee überzeugend zu formulieren? Wo sind die klaren Aussagen der Landesregierung zur Wirtschafts- und

Aussenpolitik der Schweiz anfangs des 21. Jahrhunderts? Diesbezügliche Aussagen hätten unter anderem direkte Auswirkungen auf die dann im Ausland erwarteten Leistungen der Armee. Man hätte sich aber gewünscht, dass den Angehörten zwei oder drei strategische Optionen unterbreitet worden wären, zu denen sie hätten Stellung nehmen müssen. Ein drängendes Thema ist die Rolle der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit. Soll die Schweiz ein Instrument aufbauen, das der französischen *gendarmérie nationale* oder den italienischen *Carabinieri* ähnlich sieht, oder wollen wir eine Verpolizeilichung von Teilen der Armee tatsächlich in Kauf nehmen?

Wie wenig die Landesregierung als Kollegialbehörde gewillt ist, Farbe zu bekennen, wird an einer kleinen organisatorischen Fehlleistung in den angesprochenen Anhörungen ersichtlich. Im Internet kann man nachlesen, wer die Anhörenden und wer deren Stellvertreter sind. Und man liest mit Erstaunen, dass der Stellvertreter des VBS-Chefs nicht etwa der dafür bezeichnete Bundesrat ist, sondern der Kommandant Heer, also

Es ist die Politik, die in der Krise ist. Sie muss sich dazu aufraffen, die Rolle, die der Armee zugedacht ist, verbindlich zu umschreiben.

ein Unterstellter des Chefs der Armee. Offenbar ist unsere Landesregierung trotz anderslautenden Lippenbekenntnissen der Ansicht, dass Sicherheitspolitik vornehmlich Sache der Militärs sei und getrost dem VBS-Chef überlassen werden könne. Dabei wäre in Sachen Sicherheitspolitik die Beteiligung der gesamten Landesregierung bitter nötig.

Notwendig ist indessen nicht bloss ein eindeutiges Engagement der Landesregierung, sondern ein Einsatz der besten Köpfe unserer Gesellschaft. Im Lichte dieser Situation ist es befremdend, dass es möglich war, die «Sachgruppe Strategie» des Chefs der Armee abzuschaffen und sie durch nichts Gleichwertiges zu ersetzen. Wäre die ehemalige Sachgruppe Strategie eventuell das geeignete Gremium gewesen, um den neuen sicherheitspolitischen Bericht federführend zu konzipieren?

In den letzten Jahren ist die Organisationsform der Schweizer Armee vermehrt erörtert worden. Ist das Milizsystem noch zeitgemäss? Verschiedenste alternative Lösungsansätze wurden

und werden debattiert. Im Prinzip sind sich die politisch Verantwortlichen aber einig, dass zum heutigen Zeitpunkt eine radikale Infragestellung des Milizprinzips nicht opportun ist. Grundtenor ist: Nach allem Erlebten muss in der Armee Ruhe einkehren. Diese relative Ruhe wird der Armee guttun, löst aber letztlich die anstehenden Probleme nicht. Es geht bei weitem nicht nur um die Wehrorganisation unserer Armee, sondern auch um die grundlegende Frage, wer in der Schweiz noch Militärdienst leisten muss und wer davon dispensiert wird. Werden weiterhin alle ganz grundsätzlich einmal in ihrem Leben zu einer persönlichen Dienstleistung zugunsten unseres Staates herangezogen, oder gibt es Privilegierte? Im Endeffekt betrifft diese Frage nicht nur die Armee, sondern unsere ganze Gesellschaft.

Wirft man einen Blick zurück, so erkennt man schnell, dass der Milizcharakter unserer Armee früher zweifellos ausgeprägter war als heute. Wer nicht mehr so sicher ist, wodurch sich eine Milizarmee charakterisiert, möge die «Erinnerungen an die Armee 61. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation» (herausgegeben von Franz Betschon und Louis Geiger, 2009) zur Hand nehmen. Desungeachtet ist auch blosser Nostalgie nicht opportun. Die Zeiten haben sich geändert, und insbesondere haben sich die Erwartungen der politischen Instanzen an das Instrument Armee geändert. Es geht um die Rolle, die der Armee im Konzert der verschiedenen Sicherheitsinstrumente des Staates zugedacht ist. Dies wird ihre Organisationsform diktieren.

Es ist nicht die Armee, die sich in einer Krise befindet (auch wenn klar ist, dass sie zahlreiche konkrete Probleme zu lösen hat, die sehr wohl an ihrer Substanz und ihrer Glaubwürdigkeit nagen). Es ist vielmehr die Politik, die in der Krise ist. Sie muss sich dazu aufraffen, die Rolle, die der Armee zugedacht ist, verbindlich zu umschreiben. Die Truppe wird die ihr zugewiesenen Aufträge erfüllen – so wie sie alle Aufträge bis heute erfüllt hat.

Angeichts der anspruchsvollen und komplexen Rahmenbedingungen braucht es Leute, die sich ohne Scheuklappen und vorgefasste Meinungen um tragfähige Lösungen bemühen. Sicherheitspolitischer Verstand und sicherheitspolitisches Engagement aller Beteiligten sind erforderlich – und zwar ganz oben. Ziel muss sein, dass es uns wieder gelingt, einen nationalen Konsens über die Armee zu schaffen.

MARTIN VON ORELLI, geboren 1944, ist promovierter Sprachwissenschaftler und Divisionär. Von 1998 bis 2005 war er Stellvertreter des Generalstabschefs bzw. Chefs der Armee.

Standfestigkeit ist von gestern, Gefallenwollen liegt im Trend. Das Gesicht wahren. Sich rechtfertigen. So nimmt der Etatismus zu. Und eigenverantwortliches Handeln ab. Einspruch!

10 Wie wirke ich?

Peter Ruch

Die Krise der Schweiz ist wesentlich Verantwortungsvergessenheit. Zu viele Leute – Politiker, aber nicht nur – sind damit beschäftigt, das Gesicht zu wahren, unangenehmen Entscheidungen auszuweichen und sich auf Nebenschauplätzen zu rechtfertigen. Es zählt einzig, wie man wirkt. Haben wir es also womöglich mit einer tieferliegenden, mit einer geistigen, gar einer geistlichen Krise zu tun? Auch die Kirchen sind theologisch zuwenig bei der Sache und marschieren mit dem Trend, um auf der sicheren Seite zu sein. Dabei käme ihnen gerade in Zeiten mentaler Verunsicherung eine wegleitende Funktion zu.

«Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!» steht an prominenter Stelle in der jüdischen Tora. Den gleichen Satz sagte Jesus Christus seinen Hörern und fügte hinzu, dieses Gebot fasse, gemeinsam mit der Gottesliebe, das Gesetz und die Prophezen zusammen. Die Selbstliebe gehört jedoch nicht zu den Tugenden der Kirche. Im Gegenteil: Selbstverleugnung bis hin zu Selbstkasteiung versprochen und versprechen Bonuspunkte für das Reich Gottes. Diese Geisteshaltung, zuweilen etwas moderater, zog sich durchs ganze Mittelalter, als die Klöster das Koordinatennetz des europäischen Geisteslebens bildeten.

Dass die Heilige Schrift die Selbstliebe guthisst, steht somit im Gegensatz zu einem unverwüstlichen Postulat der Kirche. Martin Luther, der ebenfalls sein Heil im Kloster und in guten Werken gesucht hatte, entdeckte plötzlich die Hilflosigkeit des Menschen angesichts der Sünde

– und den gnädigen Gott, der allein den Menschen zu rechtfertigen vermag. Die Folge war der Austritt aus dem Kloster. Ein bürgerliches Leben in Verantwortung ist besser als weltfremde Askese.

Gott kennt unsere Sünde. Deshalb knüpft das Liebesgebot an die Selbstliebe an und erklärt sie zum Massstab der Nächstenliebe. Zu viel des Guten ist jedoch gefährlich. Selbstliebe braucht ein Korrektiv. Auch die griechische Mythologie weiss davon. Narkissos missachtete die Liebe der Nymphe Echo, weil er sich in sein eigenes Spiegelbild verliebt hatte. Der nach Narkissos benannte Narzissmus ist eine Selbstliebe, die ihr Mass und damit ihre Mitmenschen verloren hat.

Unsere Kultur, die das Visuelle liebt, ist auf diese Masslosigkeit anfällig. Oder ist es umgekehrt? Braucht es immer mehr Kameras, weil der Narzissmus dies verlangt? Die Kausalität mag sein, wie sie will. Tatsache ist, dass die moderne Welt sich pausenlos und immer rascher millionenfach abbildet. Das exemplarische Medium für dieses Phänomen ist das Fernsehen. Als das Illusionstheater unter Brechts Einfluss abdankte, begann der Aufstieg der Illusionsmeldung. Wir haben die Illusion, Zeugen der Ereignisse zu sein. Und wir glauben, die Politiker zu kennen, die im Fernsehen zu uns sprechen. Wir betrachten ihr Gesicht aufmerksamer, als wir ihrer Botschaft lauschen.

Das Fernsehen übt eine Anziehungskraft auf Menschen mit narzisstischer Neigung aus. Seine Journalisten und Moderatoren werden zu einem erheblichen Teil aus ihnen rekrutiert. Sie verfügen am ehesten über das Sensorium für die Frage, die beim Fernsehen alles überragt: Wie wirke ich? Das allein wäre kein Unglück. Streiten könnte man sich höchstens darüber, ob der Staat dafür Milliardenbeträge bereitstellen soll. Das Problem reicht jedoch tiefer. Das Fernsehen ist zum dominanten Informationsmedium geworden. Es berichtet über das öffentliche Leben und hält den Daumen rauf oder runter. Es ist überall zuvorderst und löst Veränderungen aus, die man als Heisenberg-Effekt bezeichnen könnte. Dieser beschreibt in der Quantenphysik, wie die Beobachtung oder Messung eines Ereignisses das Ereignis selber verändert.

Die Beobachtung von Menschen durch Kameras verändert die Menschen. Anstatt eine Überzeugung, eine These oder ein Projekt darzulegen und damit einen Beitrag zur Lösung eines Problems zu leisten, gilt die Aufmerksamkeit der Frage, wie man «ankommt». Der Fokus auf das Erscheinungsbild hat die Investitionen der Kräfte

und Mittel weit verschoben. Ein aktuelles Symptom dafür sind die Investitionen des Kantons Zürich in einen neuen Einheitslook. Er dürfte zwölf Millionen Franken kosten – ohne einen Nutzen einzubringen. Erstaunlicherweise wurde das Projekt zurückgepfiffen. Könnte das ein Hoffnungs-schimmer sein in einer Zeit, wo die Parlamente ihre Wächterfunktion vernachlässigen? Viele Parlamentarier möchten selber Magistraten werden und lassen sich von der Frage leiten, welche Behandlung sie sich in der gleichen Lage wünschen würden. Sie winken Missstände durch mit dem Hinweis, ein Rücktritt auf der obersten Etage könne Fehlleistungen nicht mehr ungeschehen machen. So bleiben höchste Entscheidungsträger im Amt, auch wenn unter ihrer Verantwortung schwerwiegende Pannen geschehen sind.

Ein besonders stossendes Beispiel dafür war der Flugzeugabsturz in Überlingen, wo durch Versagen der Schweizer Flugsicherung 71 Menschen ihr Leben verloren. Hätte der verantwortliche Bundesrat zurücktreten müssen, so wäre ein grossflächiger Druck entstanden, Führungs-

dort stärker verankert als die Freiheit, und die Fehlentwicklungen fänden auch ohne Fernsehen statt. In der Schweiz und in Grossbritannien jedoch, wo Demokratie mehr ist als eine Etikette, beschädigt die visuelle Sucht die Zivilcourage und die Qualität der politischen Entscheidungen.

Das Jahr 1989 wurde auch für die Schweiz zur Wende. Nach einer langen Wegstrecke, während der die Freisinnig-Demokratische Partei einiger-massen liberal gewesen war, fiel mit der Wende im Ostblock plötzlich ein Hauptanreiz zugunsten der Freiheit weg. Um weiterhin für viel Freiheit und wenig Staat einzutreten, brauchte es neue Argumente, fundierte Analysen und viel Kraft. Solches überforderte die FDP, die zugleich durch das Phänomen Blocher irritiert war. Ihre Leader-figures aus den freisinnigen Stammländern weigerten sich, die Partei zu führen, sodass das Präsidium einem Urner zufiel, dessen Wählerschaft praktisch vom Staat lebt. Es folgte die Abkehr vom Liberalismus und die Hinwendung zum Sozialstaat. Damit verschob sich der Schwerpunkt des gesamten Systems nach links.

Das Narzissmus-Syndrom, dem sich auch die Tageszeitungen nicht entziehen können, stärkt die etatistischen Kräfte. Weshalb? Die Medien arbeiten am erfolgreichsten mit Hiobsbotschaften. Weil solche rar sind, werden aus Bagatellen Missstände und Opferrollen aufbereitet und Politikern zur Stellungnahme vorgesetzt. Die meisten von ihnen ecken ungen an und befürworten vor der Kamera Regulierungen und Interventionen. So entstehen laufend Staatsstellen für Leute, die angeblich Gutes tun: Psychologen, Mediatoren, Therapeuten, Friedensforscher, Konfliktschlichter, Sozialarbeiter, Naturschützer, Gesundheitsapostel, Berater, Betreuer, Verkehrsberuhiger usw. Ihre Boni sind real, handelt es sich doch um Jobs und Privilegien. Hinzu kommen irreal moralische Bonuspunkte, weil viele Mandatsträger ihre Verantwortungsscheu mit guten Werken kompensieren möchten. Zu guten Werken zählen Verkehrsbehinderungen, Bürokratien zur Verbesserung der Welt, Sozialarbeit aller Art.

Eigentlich würde es genügen, völlig ungeschützt zu denken und zu reden, damit gute Lösungen wieder eine Chance bekommen. Wer sich vor dem Allmächtigen gerechtfertigt weiss, lässt sich von den Medien gerne exkommunizieren – und ist frei!

Es entstehen laufend Staatsstellen für Leute, die angeblich Gutes tun: Psychologen, Mediatoren, Therapeuten, Friedensforscher, Sozialarbeiter, Naturschützer, Gesundheitsapostel.

verantwortung wahrzunehmen und Dienstleistungen zu verbessern. Gegen aussen wäre erkennbar geworden, dass Schlampereien hierzulande Konsequenzen haben. Doch geschah nichts dergleichen.

Gewiss sind auch andere Länder von diesem Syndrom betroffen. In Frankreich ist die Demokratie seit je bloss ein schönes Kleid. In Wirklichkeit regiert dort eine namenlose, gradlinige und zutiefst unpolitische Verwaltung. Ihre Pedanterie sorgt für Stabilität, egal welche Hasardspieler das Kabinett bevölkern. In Italien brach das Fernsehen bald nach der Überwindung einer Analphabete-nrate von über 50 Prozent herein und erstickte die aufkommende Lektüre und Zeitungslektüre im Keim. Das Fernsehen war dort stets seichte Unterhaltung, und auch die Politik ist ein Teil davon. Vieles deutet darauf hin, dass dort nicht einmal die Politiker die Politik ernst nehmen. Deutschland ist von seiner Wohlfahrtsstaatsidee seit dem 18. Jahrhundert nie abgerückt – auch nicht im Dritten Reich. Der Wohlfahrtsstaat ist

PETER RUCH,
geboren 1951, ist
evangelisch-reformierter
Pfarrer in Küssnacht
am Rigi.

Die Schweizer Unternehmen sind auf eine offene Marktordnung angewiesen. Doch wirtschaftliche Freiheit gibt es in einer Demokratie nicht umsonst. Sie steht und fällt mit dem Vertrauen, das ihr von Politik und Gesellschaft entgegengebracht wird.

11 Die Wirtschaft ist gefordert

Pascal Gentinetta & Silvan Lipp

Die Schweizer Wirtschaft befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Die Umwälzungen an den Finanzmärkten und der Einbruch der Exporte zwingen die Unternehmen zu einschneidenden strukturellen Anpassungen.

Neben diesen realwirtschaftlichen Problemen werden die Unternehmen aber auch mit neuen Regulierungsvorhaben konfrontiert. Es ist unbestritten, dass Märkte klarer Spielregeln und Leitplanken bedürfen. In der Hitze des Gefechts droht jedoch manchenorts eine übereilte Regulierung, die unsere Position im internationalen Wettbewerb der Standorte zu beeinträchtigen droht. Solche die Unternehmen einengenden Regulierungen können nur dann vermieden werden, wenn es der Wirtschaft gelingt, dem bei vielen Bürgern eingetretenen Vertrauensverlust erfolgreich entgegenzuwirken.

Unsere kleine und stark exportorientierte Volkswirtschaft ist seit je auf offene Märkte und gute Rahmenbedingungen angewiesen. Ohne Freiräume entwickelt sich keine unternehmerische Kreativität. Ohne wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen können die Firmen auf dem Finanz-, Dienstleistungs- und Werkplatz Schweiz nicht konkurrenzfähig arbeiten und produzieren. Wohlstand und Arbeitsplätze hängen somit unmittelbar davon ab, ob es dem Land gelingt, den Unternehmen die notwendigen Handlungsspielräume zu gewähren. In einer Marktwirtschaft spielt dabei der Staat eine zentrale Rolle. Ihm kommt die wichtige ordnungspolitische Aufgabe

zu, den Marktzugang für alle Teilnehmer zu sichern und den Wettbewerb zu schützen.

So wichtig und notwendig Wirtschafts- und Wettbewerbsfreiheit auch sind, sie sind nicht umsonst zu haben. Sie hängen wesentlich vom Vertrauen ab, das der Wirtschaft entgegengebracht wird. Nutzen die Unternehmen die Freiheit in Einklang mit ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, um Arbeitsplätze, Lehrstellen, Lebensqualität und Wohlstand zu schaffen, so sind Politik, Sozialpartner und Stimmbürger auch bereit, Anliegen der Wirtschaft zu unterstützen. Das zeigen zahlreiche Volksabstimmungen, in denen sich die Bürger immer wieder zugunsten des Freiraums der Wirtschaft und eines attraktiven Steuerklimas ausgesprochen haben.

Wird unternehmerische Freiheit jedoch dazu missbraucht, exzessive Gehälter zu beziehen, unverantwortliche Risiken einzugehen und bei Schiffbruch Verantwortung und Kosten dem Staat zu überwälzen, kippt die Zustimmung. Dann schränken Politik und Volk diese für den Erfolg unerlässlichen wirtschaftlichen Freiheiten mit Kontrollen, Vorschriften und Verboten ein. Diese Reaktion ist verständlich und nur allzumenschlich. Sie muss ernstgenommen werden.

Gefordert sind somit in erster Linie die Wirtschaft und ihre Exponenten. Der Aufbau von neuem Vertrauen ist eine der vordringlichsten Aufgaben. Vertrauen ist die Voraussetzung dafür, dass in unserem Land jene Reformen umgesetzt werden können, die notwendig sind, um den Standort Schweiz weiter zu stärken. Vertrauen kehrt nur dann zurück, wenn die Wirtschaft den Beweis darlegt, dass sie der Freiheit gewachsen ist. Worte genügen nicht, es braucht Tatbeweise. Wenn ein Unternehmen harte Massnahmen zugunsten seines Überlebens ergreifen muss, so hat die Unternehmensleitung mit gutem Beispiel voranzugehen. Was die Managerlohndebatte betrifft, ist Hand für echte Massnahmen zu bieten. Gefragt sind Lösungen im Bereich der Vergütungssysteme, der Aktionärsrechte und der Corporate Governance, die Missbräuche konsequent unterbinden, ohne dass aber die Unternehmen, die in der internationalen «Champions League» spielen und ähnlich wie Top-Fussballklubs rasch und flexibel Talente verpflichten können, einen Wettbewerbsnachteil erleiden.

Gefragt sind daher nicht einengende regulatorische Verbote und Vorschriften oder gar Lohnobergrenzen, sondern die Setzung richtiger Anreize. Im Vordergrund muss das Wohl des Unternehmens und seiner Beschäftigten stehen.

Das heisst in bezug auf die Entlohnung von Managern eine ausschliessliche Orientierung am langfristigen Erfolg des Unternehmens. Die im Juni dieses Jahres veröffentlichten Prinzipien der Finanzmarktaufsicht bezüglich langfristiger Ausrichtung von Vergütungssystemen inklusive der Möglichkeit von «Malus»-Komponenten gehen in diese Richtung.

Die Schweiz zeichnet sich durch eine im internationalen Vergleich liberale Wirtschafts- und Rechtsordnung aus. Die Freiräume der Unternehmen und das wirtschaftsfreundliche Steuerklima haben in der Vergangenheit zahlreiche international tätige Unternehmen angezogen, die hier Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen haben. Die Schweiz hat proportional zur Bevölkerung die grösste Anzahl multinationaler Grossunternehmen, die sich dank einer engen Zusammenarbeit mit den hiesigen Klein- und Mittelbetrieben erfolgreich auf dem globalen Markt behaupten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Schweiz ihre freiheitlichen Rahmenbedingungen und damit ihre Standortattraktivität bewahren

beitsmarkt, der Schutz des Wettbewerbs, die Vermeidung aussenwirtschaftlicher Barrieren, die Stärkung von Aus- und Weiterbildung, von Forschung und Entwicklung und die Verbesserung der steuerlichen Attraktivität.

– Zweitens ist eine auf die Bewahrung der Schweizer Standortattraktivität ausgerichtete Aussenpolitik gefordert. Die Schweizer Aussenpolitik muss sich entschiedener für die Interessen des Wirtschaftsstandorts Schweiz einsetzen. Es gilt, noch aktiver Koalitionen mit verbündeten Staaten zu schliessen. So muss verhindert werden, dass der internationale Steuerwettbewerb eingeschränkt wird. Wettbewerb ist im Bereich der Steuern das wirksamste Mittel, um den Staat anzuhalten, im Interesse der Bürger und der Wirtschaft effizient und haushälterisch mit Steuergeldern umzugehen. Was die Aussenwirtschaftspolitik betrifft, kommt der Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten weiterhin oberste Priorität zu.

Es hat in der Schweiz gewissermassen Tradition, dass in Krisenzeiten das politische System der Schweiz als «Schönwettermodell» kritisiert und dem Bundesrat fehlende Führungsstärke vorgeworfen wird. Diese Kritik hält einer genaueren Analyse nicht stand. Die direktdemokratische und föderalistische Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Der entscheidende Vorteil des schweizerischen Systems liegt darin, dass die Politik durch vielfältige *checks and balances* und Wettbewerbsmechanismen kontrolliert wird. Diese Mechanismen zwingen Politik und Regierung, effiziente und bürgernahe Lösungen zu erarbeiten. Davon profitiert auch die Wirtschaft in Form attraktiver Rahmenbedingungen.

Die Systemkritik ist vor allem vor dem Hintergrund nicht berechtigt, dass die Schweiz im internationalen Vergleich, etwa in bezug auf Steuerhöhe, Verschuldung, Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit, relativ gut dasteht. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie die Schweiz ihre Standortvorteile – etwa im Bereich der kantonalen Steuersysteme oder in der Frage der Ansiedlung internationaler Geschäftssitze – im internationalen Kräftefeld behaupten kann. Notwendig ist eine ausgewogene Mischung aus internationaler Kooperationsbereitschaft und einem geschlossenen Auftritt zur Behauptung der Standortattraktivität. Wenn uns das gelingt, kann die Schweiz gestärkt aus der aktuellen Situation hervorgehen.

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell. Der entscheidende Vorteil des schweizerischen Systems liegt darin, dass die Politik durch vielfältige *checks and balances* kontrolliert wird.

kann. Dies gelingt nur, wenn Wirtschaft und Politik an einem Strick ziehen:

– Nötig ist erstens eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik im Innern. Wir müssen das eigene Haus sauberhalten, besonders in Bezug auf den Staatshaushalt. Eine massive Staatsverschuldung wäre für die Schweiz eine schwere Belastung. Ein verschuldeter Staat ist in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Bürger und Wirtschaft würden mit höheren Steuern belastet. Es ist im Interesse aller, wenn sich die Politik an den Prinzipien einer langfristigen Wirtschaftspolitik orientiert. Konjunkturstützungsmaßnahmen müssen massvoll und gezielt sein. Der Fokus ist in erster Linie auf die automatischen Stabilisatoren zu legen. Die Schuldenbremse darf nicht ausser Kraft gesetzt werden. Entscheidend ist, dass heute die Grundlagen und Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich die Wirtschaft im veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld von morgen anpassen kann. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen unser flexibler Ar-

PASCAL GENTINETTA, geboren 1970, ist promovierter Ökonom und Vorsitzender der Geschäftsleitung von Economiesuisse.

SILVAN LIPP, geboren 1982, hat Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Wettbewerb & Regulatorisches bei Economiesuisse.

Wir leben in einer freiheitlichen Marktgesellschaft.
Das ist gut so. Aber die Freiheit hat ihren Preis.
Wir brauchen nicht mehr Führungsstärke. Wir brauchen
mehr Herzensschwäche.

12 Für einen Liberalismus mit Herzensschwäche

Peter Gross

Überlegungen zur Gesundung unserer Welt kranken oft daran, dass sie eine Erlösung von den Übeln dieser Welt mittels kräftiger Männer in Aussicht stellen. Lichte Führergestalten, wenn möglich versehen mit einem Messias-Faktor, sollen es richten. Die ehrerbietige Benennung des Kapitalismus als einer «religiösen Bewegung» (Walter Benjamin) hat insofern etwas Wahres. Aber ist es Führungsstärke, was wir Schweizer vermissen? Hat die weitverbreitete Mutlosigkeit, die sich in allen Umfragen findet, etwas mit dem Charakter zaudernder Entscheidungsträger zu tun? Oder sind diese nur Projektionsfläche einer tiefergehenden Ratlosigkeit?

Unter dem hilflosen Ruf nach «*leadership*» mottet eine Vertrauenskrise, die jung und alt, arm und reich gleichermassen betrifft. Sie hat ihren Ursprung in einer systembedingten Verhärtung der Herzen, die wiederum in dieser Welt aus Fernsehgreueln und Kampf um Anerkennung als betriebsnotwendig erscheint. Gleichzeitig allerdings führt sie zu einer Entsolidarisierung, zu einem Verschleiss von Mitleid und Nächstenliebe. Denn die liberale Marktgesellschaft, in der die Freiheit des einzelnen das höchste Gut ist, fordert Stärke und Konkurrenz. Das Herz darf nur in Dokusoaps und Castingshows bluten. Politisch fürchtet es, sich zu zeigen und gegebenenfalls hämisch als Gutmenschenherz zusammengestaucht zu werden.

Während man Spott noch gerne in Kauf nimmt, sind andere Folgen der ungezügelter Marktgesellschaft weit gravierender. Auf den Punkt gebracht hat das Michel Houellebecq, der französische Schriftsteller. Am Beispiel der liberalisierten Sexualität legt er den Finger in die Wunde freiheitlich-liberaler Gesellschaften. Er bemerkt: «*Der Sex ... stellt in unserer Gesellschaft ein zweites Differenzierungssystem dar, das vom Geld völlig unabhängig ist, und es funktioniert auf mindestens ebenso erbarmungslose Weise. Auch die Wirkungen dieser beiden Systeme sind genau gleichwertig. Wie der Wirtschaftsliberalismus – und aus analogen Gründen – erzeugt der sexuelle Liberalismus Phänomene absoluter Pauperisierung. Manche haben täglich Geschlechtsverkehr, andere fünf- oder sechsmal in ihrem Leben oder überhaupt nie. Manche treiben es mit hundert Frauen, andere mit keiner. Das nennt man das «Marktgesetz». In einem Wirtschaftssystem, in dem Entlassungen verboten sind, findet ein jeder schlecht und recht seinen Platz. In einem sexuellen System, in dem Ehebruch verboten ist, findet jeder schlecht oder recht seinen Bettgenossen. In einem völlig liberalen Wirtschaftssystem häufen einige wenige beträchtliche Reichtümer an; andere verkommen in der Arbeitslosigkeit und im Elend. In einem völlig liberalen Sexualsystem haben einige ein abwechslungsreiches und erregendes Sexualleben, andere sind auf Masturbation und Einsamkeit beschränkt.*» («Ausweitung der Kampfzone». Rowohlt, 1999, S. 108)

Das Beispiel Houellebecqs lässt sich etwa so verallgemeinern: die kapitalistisch organisierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die Autonomie und Selbstverantwortlichkeit des einzelnen prämiert. Sie hat den einzelnen aus den überkommenen Gewissheiten des Blutes und des Bodens, aus den Geboten der Kaiser und den Gebeten der Päpste herausgelöst und predigt das Evangelium der persönlichen Entfaltung. Freigesetzt muss sich jetzt der einzelne in der freien Wildbahn der Lebens- und Erwerbswelten bewähren. Als Käufer oder Verkäufer, als Anbieter oder Nachfrager. Jeder ist seines Glückes Schmied, jeder trägt den Marschallstab im Tornister. Jeder verantwortet sein Leben selbst, von der Heirat bis zur Wahl des Arbeitsplatzes.

Aber Freiheit hat ihren Preis. Und diesen Preis benennt Houellebecq. Die freiheitliche Wahlgesellschaft prämiert die Starken, die Aktiven, die Attraktiven. Aber sie ist, was gerne unterschlagen wird, gnadenlos gegenüber jenen, die nicht gewählt werden oder beim Wählenwollen erfolglos

sind. Egal ob in ökonomischen oder ausserökonomischen Handlungsfeldern. Sie hat deshalb keine Führungs-, sondern eine Herzensschwäche. Wer nicht in den Vorstand eines Vereins gewählt wird, wird das leichter verschmerzen als jemand, der keinen Job findet oder keine Frau. Wer – auf welchen Märkten auch immer – nicht zum Zuge kommt, kann bis zu einem gewissen Grad auf andere, vielleicht zweite oder dritte Arbeits- und Heiratsmärkte ausweichen. Tatsache bleibt aber, dass die Wahlgesellschaft, die alle überkommenen Vorgaben in Aufgaben umschmilzt, regelmässig Unterschiede erzeugt. Jede Wahl der einen bedeutet Abwahl der anderen.

Der Soziologe Niklas Luhmann hat dementersprechend die Systemschwäche des Kapitalismus als Drohung der Ausschliessung bezeichnet. Privatwirtschaftlich organisierte und demokratisch verfasste Gesellschaften erzeugen über Wahlen unentwegt Exklusionsprozesse. Und schwächen über ihre solipsistische Konkurrenz, wie es der jüngst verstorbene deutsche Soziologe Ralf Dahrendorf immer wieder angemahnt hat, die auf

sich auf allen Ebenen, von oben bis unten, von rechts nach links. Er spielt nicht nur Waren, sondern auch Menschen gegeneinander aus, die sich darob miteinander messen und nicht selten zu Tode konkurrieren. Mit Führungsschwäche hat das nichts zu tun. Man kann Märkte nicht besser führen, sondern allenfalls regulieren oder deregulieren. Befehle gegenüber den Verlierern, sich zusammenzureissen und erneut zu starten, sind darüber hinaus kontraproduktiv. Die unablässig von den Siegern geschürte Vorstellung, der Sieg werde aus eigener Kraft errungen und die Niederlage selbst zu verantworten, beschämt die Verlierer und bringt sie auf gegen jene, die sie meist nicht einmal wahrnehmen.

In Krisenzeiten eskaliert die Angst, nicht dazugehören und ausgemustert zu werden. Die Erfolgreichen schotten sich ab, und die Exkludierten sinnen auf Rache. Die Angst kriecht in das Bürgertum und der Hass in die Abgehängten – im Weltmassstab und mit Verzögerung auch hierzulande.

Führung bringt gar nichts. Reflexion ist gefragt. Und Einsicht. Irritation ob der Folgen. Nur ein passionierter Liberalismus, der den Druck sieht, den eine freiheitliche Gesellschaft, wo alle ihren Platz suchen müssen, den einzelnen, ja schon den Kindern auferlegt, ist ein überlebensfähiger Liberalismus. Die Autonomie des einzelnen fiel nicht vom Himmel. Sie wurde in langen Kämpfen der Geschichte abgerungen. Autonomie heisst, korrekt übersetzt, Selbstgesetzgebung und Selbstverantwortung. Und Verantwortung heisst Verantwortung der Folgen. Auch der Folgen eines zunächst segensreich erscheinenden Systems wie des Marktes.

Kurzum, Führungsqualitäten und entschlossenes Durchgreifen mögen in gewissen Situationen probate Mittel sein. Auch das Inaugurieren strahlender Persönlichkeiten. Erfolgsversprechendes Mittel gegen die fundamentale Krise der Gegenwart ist es, an Stelle des ebenso hilflosen wie aufdringlichen Rufes nach Führung, Selbstdisziplinierung und Selbstführung in den Vordergrund zu rücken. Dem nicht nur hierzulande grassierenden Kollaps des Vertrauens kann nur mit Verantwortung begegnet werden. Und zwar nicht nur, was die eigene Geschäftstätigkeit und Lebensführung betrifft. Es gibt eine Grundverantwortung für die von uns allen geteilte, freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Die Erfolgreichen schotten sich ab, und die Exkludierten sinnen auf Rache. Die Angst kriecht in das Bürgertum und der Hass in die Abgehängten – mit Verzögerung auch hierzulande.

Herz und Bindungsbereitschaft beruhenden Gemeinschaften. Das eine wird gewählt, das andere ausgeschafft. Die einen pflücken die Früchte und bringen sie ins Trockene. Andere, und nicht wenige, werden pauperisiert, landen in prekären Verhältnissen, in der Einsamkeit, vielleicht in der Suppenküche. Es entstehen Hitzezonen, wo sich die Erfolgreichen drängeln, und Kältezonen, wo die Ausgeschafften serbeln. Der Markt ist nur mathematisch gesehen Ausgleich von Angebot und Nachfrage; mit Alltagsaugen betrachtet produziert er, vom samstäglichen Bauernmarkt bis zur Konkurrenz internationaler Konzerne, andauernd Unterschied und Überschuss.

Dass auch bei den Abgewiesenen, Erfolglosen und Verlierern Verhärtung resultiert, ist sonnenklar. Und zwar nicht nur gegenüber den Siegern und Erfolgreichen, den Mächtigen und Schönen, sondern auch gegenüber ihresgleichen. Seelenverhärtung, die Stärkung genannt wird, ist überlebensnotwendig. Der Markt installiert

PETER GROSS, geboren 1941, ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität St. Gallen und Autor u.a. von «Jenseits der Erlösung» (2007) und «Die Multioptionsgesellschaft» (1994).

Die Politik hat in der Schweiz nicht mehr viel zu sagen. Die Wirtschaft triumphiert – auch in der Krise, die sie selbst verschuldet hat. Das kann nicht sein. Das darf nicht sein!

13 Enteignete Demokratie

Cédric Wermuth

Was ist los mit der Schweiz? Dass wir in einer Krise stecken, ist inzwischen Konsens. Das ist aber auch schon das Ende der Einigkeit. Seit wann wir denn überhaupt in welcher Krise sind und warum, darüber streiten wir nach wie vor. Ich behaupte, dass die aktuelle Krise viel älter ist als das, was uns bei den Stichworten «Finanzkrise», «UBS» oder «Bankgeheimnis» in den Sinn kommt. Was wir heute spüren und erst langsam begreifen, ist vielmehr das Produkt einer zwei Jahrzehnte alten Politik: es ist auch und vor allem eine Krise der Demokratie und unseres Gesellschaftsmodells.

Wenn wir von «Krise» sprechen, sprechen wir eigentlich von drei Dingen. Erstens von der Krise unserer Wirtschaft. Zweitens von der Krise der Politik, die eine erschreckende Ohnmacht an den Tag legt, und drittens vom Reformstau in unserem Land.

Die erste Krise manifestiert sich in diesen Monaten ganz konkret. Die Aussichten für die Wirtschaft sind nach wie vor alles andere als rosig, die Arbeitslosenzahlen erschreckend hoch, die vermeintlichen Pfeiler unseres Wirtschaftssystems, die Banken, wanken. Fast noch beeindruckender als der Zusammenbruch der neoliberalen Wirtschaft ist die Ohnmacht der Politik. Gelähmt wie das Kaninchen vor der Schlange, scheint die politische «Elite» unfähig, auf die wirtschaftliche Krise zu reagieren.

Es ist nicht das erstemal, dass die Politik vor einer vermeintlich unaufhaltbaren wirtschaftlichen Entwicklung mit dramatischen Folgen kapituliert. Nur ungern erinnern wir uns an den Fall Swissair. So hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise un-

längst zu einer Krise des politischen Systems ausgewachsen. Damit geht auch ihr drittes Merkmal einher: der Reformstau. Ich meine damit nicht die populistische Diskussion um die herbeigere-dete Überdimensionierung unseres Sozialstaates, sondern vielmehr die peinliche Einsicht, dass wir so ziemlich das letzte Land der OECD sind, das den Schritt in Richtung ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht wirklich getan hat. Die Schweiz, einst durchaus progressiv veranlagt, hat sich hinten angestellt.

Allen drei Aspekten ist ein Merkmal gemeinsam: die Politik scheint im entscheidenden Moment nicht nur zu zaudern, sondern geradezu machtlos und vor allem auch entscheidungs-unfähig zu sein. Einige Kommentatoren haben diesen Umstand zum Anlass genommen, eine Diskussion über Alter und Zusammensetzung der Schweizer «Elite», über Nachfolgeregelungen und eine neue Moral anzuheizen. Es ist die falsche Diskussion. Die Krise ist nicht eine Krise entscheidungsschwacher Politiker oder fehlender ethischer Konzepte. Sie ist vielmehr eine Folge der Selbstenteignung unserer Demokratie.

Politik ist zuerst einmal ein Kampf um die Verteilung von Macht. Und diese Macht hängt in einer kapitalistischen Gesellschaft insbesondere an der Produktion und Verteilung ökonomischer und sozialer Ressourcen. Die eigentliche, zentrale politische Frage ist also die, wie eine Gesellschaft ihre grundlegenden Ressourcen produzieren und (um)verteilen will. Und genau da liegt die Crux. Das höchste Ziel des Neoliberalismus ist es, das ressourcenproduzierende Subsystem der Gesellschaft, also die Wirtschaft, der kollektiven, demokratischen Kontrolle zu entziehen und zu privatisieren.

Was auf internationaler Ebene mit den Wahlen von Margaret Thatcher zur Premierministerin Grossbritanniens und von Ronald Reagan zum Präsidenten der USA begann, schlug sich in der Schweiz erst nach dem Fall der Berliner Mauer so richtig nieder. Die neu-alte Idee der entropischen Märkte – euphemistisch versehen die Neoliberalen den Markt mit dem Attribut «frei» – entfaltete ihre neue Ausstrahlungskraft vor dem Hintergrund des Untergangs der Sowjetunion. Sie ist die Grundlage einer Denkweise, die unsere direkte Demokratie in den letzten Jahren auf zutiefst unschweizerische Art und Weise zersetzt und zur Handlungsunfähigkeit verdammt hat.

Friedrich August von Hayek, Apologet des Neoliberalismus, fand den Ursprung seiner Theorie auch in einer Krise, nämlich in der Welt-

wirtschaftskrise von 1929. Für ihn war damals das Versagen der internationalen Staatenwelt das konstituierende Element. Die Menschen, so Hayek, seien unfähig, eine Gesellschaft aufzubauen, die kollektiven Zielen verpflichtet ist. Die einzige Möglichkeit für Individuum und Kollektiv, Freiheit zu verwirklichen, besteht in der Unterwerfung unter die Kräfte des Marktes (im politischen Alltag nennt sich das dann «Ordnungspolitik») – eines Marktes, der nicht etwa als moralisches System konzipiert ist, sondern dessen Logik eben gerade in der Ergebnisoffenheit besteht. Diese «spontane Ordnung» nennt Hayek «Katalaxie». In einer Gesellschaft, deren Fundament aus einer spontanen, nichtzielgerichteten Ordnung besteht, ist die Idee einer demokratischen Politik fehl am Platz. Politik, im schweizerischen Urverständnis, ist die Formulierung eines Ziels und dessen Verwirklichung. Die Idee aber, es gebe so etwas wie soziale Gerechtigkeit, und die Politik habe ihren Anspruch auf Gestaltung aus jener zu legitimieren, wird im Neoliberalismus in Abrede gestellt.

Wir erleben gegenwärtig einen Kulminationspunkt: das gemeinsame Programm der bürgerlichen Parteien und der Elite dieses Landes, die direkte Demokratie ihrer Legitimität zu berauben.

Hayek, von Mises, Friedman und wie sie alle heissen, geben das auch unumwunden zu: erklärtes Ziel der Neoliberalen ist die Zurückdrängung des politischen, mithin demokratischen Elements aus nahezu allen Gesellschaftsbereichen. Der Souverän soll durch einen «Rat der Weisen», die Wirtschaftselite, ersetzt werden. Diese Gesellschaft findet ihr höchstes Entwicklungsstadium in der «freien Marktwirtschaft», die von jeglicher politischer Einflussnahme so gut wie befreit ist.

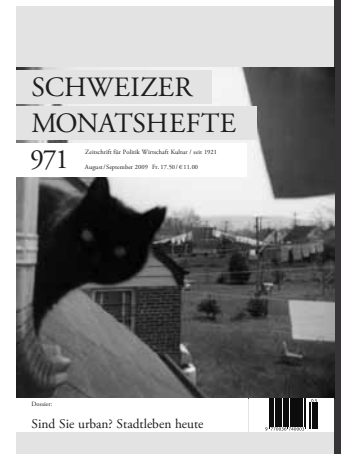
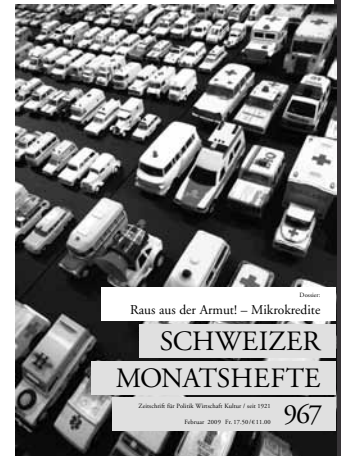
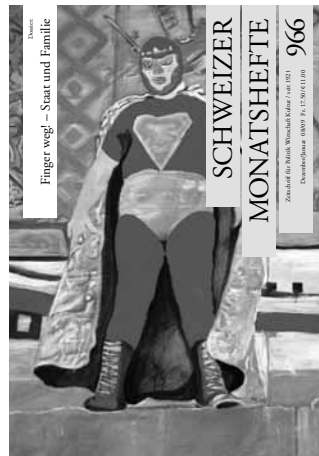
Dieses Gedankengut fand seinen Niederschlag in ganz Europa, und irgendwann eben auch in der Schweiz. Mit Hilfe der heiligen Dreifaltigkeit des Neoliberalismus (Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung), der Beschneidung des Sozialstaates, einer andauernden ideologischen Propaganda und grosszügigen «Spenden» an die bürgerlichen Parteien wurde die Demokratie nach und nach ihres eigentlichen Inhalts beraubt. Sie hat keinen Zugriff mehr auf die Wirtschaft – und damit auch nicht auf den Ort, wo die Krise ihren Ursprung hat.

Wir erleben gegenwärtig den Kulminationspunkt dessen, was nicht weniger ist als das gemeinsame Programm der bürgerlichen Parteien und der «Elite» dieses Landes, die direkte Demokratie ihrer Legitimität zu berauben. Es handelt sich dabei um ein politisches Programm, das dem Wesen und Selbstverständnis der Schweiz als Willensnation und unserem Verständnis von Demokratie diametral entgegengesetzt ist. Diese Beschneidung der Demokratie bedeutet einen fundamentalen Bruch mit dem, was der wohl zentrale Gründungsmythos der Eidgenossenschaft ist, nämlich der abschliessende Machtanspruch des Souveräns.

In diesen Monaten werden die Gegensätze dieser beiden Konzeptionen von Elite und Volk offensichtlich. Das nennen wir dann Krise. Das Problem ist, dass zwar ein Anspruch an die Politik gestellt wird, die Krise zu lösen, diese aber in ihrer heutigen Konstellation dazu gar nicht mehr fähig ist. Sie kann die wirtschaftliche Krise – beispielsweise mit Hilfe von Investitionsprogrammen – nicht lösen, weil die ideologische Barriere einen Eingriff verbietet und weil sie sich vieler Zugriffsmöglichkeiten selber beraubt hat. Sie kann die politische Krise nicht lösen, weil sie ein System geschaffen hat, in dem die Politik dazu verdammt ist, dem Primat des «freien» Marktes zu folgen, und sie hat unter diesen Voraussetzungen schon gar keine Möglichkeit, echte Reformen anzupacken.

Politik und Wirtschaft sind Antagonisten. Wenn die Wirtschaft über die Politik obsiegt, führt das unweigerlich zu tiefgreifenden Problemen in beiden Bereichen, wie wir gerade beobachten können. Ein Programm aus der Krise müsste also zuerst einmal bedeuten, dass die Demokratie wieder den Platz einnimmt, der ihr zusteht. Es muss dort beginnen, wo die Politik wieder ihren Gestaltungsanspruch zurückverlangt. Dafür muss sie wieder jene Hierarchie herstellen, auf der die Idee der Schweiz beruht: das Primat über die Wirtschaft gehört in die Hände der Politik und damit des Volkes. Ist es nicht dort, ist die nächste Krise, der wir wiederum machtlos gegenüberstehen werden, nur eine Frage der Zeit.

CÉDRIC WERMUTH, geboren 1986, ist Präsident der Juso Schweiz und Vize-Präsident der SP Schweiz. Er studiert Politikwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Sozialökonomie und Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich.



Abonnieren Sie die Schweizer Monatshefte!

www.schweizermonatshefte.ch

SCHWEIZER MONATSHEFTE

Zeitschrift für Politik Wirtschaft Kultur / seit 1921

SONDERTHEMEN

Nr. 1

«La vision romande de l'Etat en question»

September 2007

Nr. 2

«Jenseits des dritten Wegs.

Die Schweiz, die EU und die Bilateralen Verträge»

November 2008

Nr. 3

«Les cerveaux étrangers: des «boosters» pour la Romandie»

März 2009

Nr. 4

«Soll Völkerrecht Landesrecht brechen?»

Mai/Juni 2009

Nr. 5

«Wege des Ostens

Japan, China und die Krise»

August 2009

Nr. 6

«Ein Land laviert

Was ist los mit der Schweiz?»

September 2009

SONDERDRUCKE

Nr. 1

«Die 2000-Watt-Gesellschaft.

Von der Faszination zu den Realitäten»

Mai 2007

Nr. 2

«La société à 2000 watts.

De la fascination aux réalités»

Juni 2007

Nr. 3

«Aufgewacht?

Die Folgen der Finanzkrise»

Mai/Juni 2009

Nr. 4

«Y aller ?

La festivalisation de la culture»

Juli 2009